Nr. 41 — Halle (Saale), Dienstag den 18. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1,80 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 320. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pfennig. Für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Anzeigen unterm Lesestrich die Zeile 75 Pfennig.

Anzeigen für die tägige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. — Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Vielrederei im Parlament.

Landtagsabg. Julian Borchardt schreibt uns:

Kürzlich war in der Täglichen Rundschau eine Notiz zu lesen des Inhalts, daß im Reichstag nicht gearbeitet, sondern nur geredet werde. Die Geschäfte rückten nicht von der Stelle. „Schuld daran tragen die Sozialdemokraten, die jeden Tag drei bis vier Redner vorschicken, die stundenlang über Dinge reden, die in nur recht losem Zusammenhang mit dem Thema stehen." Den Lesern des Volksblatts ist bekannt, daß dem Sinne nach dasselbe auch Herr Arendt jüngst im Tag geschrieben hat, und in der Deutschen Tageszeitung, der Kreuzzeitung sowie anderen Blättern des nämlichen Schlages kann man so ziemlich jeden Tag die gleiche Behauptung lesen. Sie beschränkt sich auch keineswegs auf den Reichstag, vielmehr behaupten die Reaktionäre genau dasselbe auch vom preußischen Abgeordnetenhause. Auch dort sollen angeblich die sechs Sozialdemokraten durch ihre viel zu häufigen und viel zu langen Reden dem Hause die Zeit stehlen. Ob es angesichts dieser eifrigen Herabsetzung der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokraten angezeigt war, daß Genosse Peus gerade jetzt in den Sozialistischen Monatsheften zu ziemlich dasselbe Lied anstimmt, will ich dahingestellt sein lassen. Selbstverständlich ist er nicht so borniert und einseitig, nur den sozialdemokratischen Abgeordneten den Vorwurf der Vielrederei zu machen. Er schreibt ausdrücklich: „Das gilt für alle Parteien". Aber daß er in der Hauptsache die sozialdemokratischen Redner im Auge hat, das ist zum mindesten zwischen den Zeilen ganz deutlich zu lesen. Wie anders soll man z. B. folgende Sätze deuten:

Als vor einem Vierteljahrhundert noch kaum einige zehntausend Blätter im Volk den Sozialismus predigten, da hatte es Sinn, von der Tribüne des Reichstags aus auch durch Vermittlung der bürgerlichen Presse dem Volk zu sagen, was die Sozialdemokratie will. Heute aber, wo sowohl die sozialdemokratische Presse wie die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organe nebst der zugehörigen enorm entwickelten Literatur in mehreren Millionen von Exemplaren ins Volk gehen, heute, wo die Sozialdemokratie mit ihren 110 Stimmen im Reichstag auch ein ganz anderes Stück Willenskraft repräsentiert, heute ist es unverantwortlich, nun noch mehr als früher zu reden, oft Gesagtes immer zu wiederholen, Monologe zu halten, auf die keine Antwort kommt.

Das kann doch gar nicht anders gemeint sein, als daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Redelust eindämmen sollen. Genosse Peus wird sich deshalb wohl nicht wundern, daß die Deutsche Tagesztg. ihn sofort mit der größten Freude als Kronzeuge für ihre Behauptung genannt hat. — Um die Leser zu informieren, was Genosse Peus sonst noch geschrieben hat, füge ich gleich die im großen und ganzen zutreffende Wiedergabe des Inhalts seines Artikels bei, wie ich sie in der Deutschen Tagesztg. finde:

„Man rede zu viel und zu lange, man wiederhole sich oft, man spreche nur, um mit einem recht langen Berichte in die Zeitung zu kommen, um das Stenogramm nachher an alle möglichen Adressen zu senden, damit die Empfänger erkennen könnten, was für ein bedeutender Redner der Abgeordnete sei. Es werde überhaupt im Reichstage zuviel geschwätzt. Durch die maßlose Rederei über alles und jedes werde der wichtigere Teil der Reichstagsarbeit in den Hintergrund gedrängt. Die Redelust müsse unbedingt eingeschränkt werden. Im allgemeinen könnten die Reden auf ein Drittel und noch mehr gekürzt werden. Besonders überflüssig seien die Deklamationen, von denen man mit Sicherheit wissen könne, daß sie auf den Gegner nicht umstimmend wirkten. . . . Es sei heute die höchste Zeit, daß alle Parteien des Reichstags, die nicht die Absicht hätten, den Parlamentarismus lahm zu legen, die Redetätigkeit in dem Sinne disziplinierten, daß unbedingt so kurz wie möglich gesprochen werde. Durch die Länge der Reden werde es auch bedingt, daß heute die Rederei in der Hauptsache von einigen wenigen bestritten werde, und daß die meisten Abgeordneten sich monatelang damit begnügen müßten, längst bekannte Auffassungen zum soundsovielten Male begründen zu hören."

Selbstverständlich fällt es mir nicht ein, dem Genossen Peus zu verlangen, daß er etwas Richtiges und Notwendiges nicht sage, nur weil die Gegner es auch sagen. Aber ob das, was er sagt, richtig und notwendig sei, das zu untersuchen, scheint mir angebracht. Ich halte mich dazu unter anderem auch deshalb für legitimiert, weil der Vorwurf mich persönlich nicht trifft, ich gehöre weder zu denen, die oft, noch zu denen, die lange reden. Tatsächlich haben mir gegenüber selbst die Gegner den Vorwurf der Vielrederei bisher nicht erhoben. Diese an sich ganz belanglose Mitteilung mache ich nur, um den Verdacht zu zerstreuen, als ob mir sozusagen das böse Gewissen die Feder in die Hand drückte.

Wie es im Reichstag zugeht, kann ich nun allerdings aus unmittelbarer Erfahrung nicht wissen. Aber nach den Zeitungsberichten und auch nach den Mitteilungen des Genossen Peus scheint ein erheblicher Unterschied zwischen Reichstag und Abgeordnetenhaus nicht vorzuliegen. Das ist schon wichtig. Denn es zeigt, daß jedenfalls nicht die Stärke der Sozialdemokratie im Reichstag an dem Uebel schuld sein kann. Wenn die D. T. sich darüber beklagt, daß jeden Tag 8 bis 4 Sozialdemokraten im Reichstag reden, so machen das im Abgeordnetenhause die großen Fraktionen ganz ebenso: es vergeht wohl kaum ein Tag, wo nicht von den Konservativen, dem Zentrum usw. je 3 bis 4 Mann zu Worte kommen. Im übrigen muß ich mich natürlich auf das Abgeordnetenhaus beschränken.

Da wäre zuerst zu bemerken, daß die Zeitvertrödelung von den bürgerlichen Parteien in einer geradezu erschreckenden Weise betrieben wird, während sie auf der anderen Seite uns jede, auch die notwendigste Rede als zu lang ankreiden, z. B. bei der allgemeinen Etatsberatung im Januar dieses Jahres sprach Genosse Liebknecht nicht ganz zwei Stunden. Das war unser ganzer Beitrag zu dieser wichtigen Debatte, denn unserem zweiten Redner wurde das Wort abgeschnitten. Von jeder anderen Partei dagegen (nur die Polen ausgenommen) kamen zwei Redner zu Wort, und kaum einer hat es unter zwei Stunden gemacht, jedenfalls keiner von der ersten Garnitur. Herr Porsch aber vom Zentrum bekam es fertig, als zweiter Redner seiner Partei fast zwei Stunden nur mit der Jesuitenfrage auszufüllen, die doch eigentlich mit dem preußischen Etat gar nichts zu tun hat. Trotzdem stöhnten sie nachher alle in holder Uebereinstimmung: der Sozialdemokrat hätte wieder mal die Zeit des Hauses übermäßig in Anspruch genommen!

Ein ander Bild: Der Gestütsetat spielt in der preußischen Politik und Verwaltung eine ganz untergeordnete Rolle. Seine gesamten Ausgaben betragen wenig über 11 Millionen Mark, wovon er zirka 5 Millionen durch eigene Einnahmen aufbringt. Demgemäß war für ihn im Arbeitsplan nur der dritte Teil eines Tages vorgesehen. Aber die konservativen und freikonservativen Herren ließen sich nicht abhalten, eine endlose Reihe von Klagen ihrer Parteifreunde darüber vorzubringen, daß der Staat ihnen — zu niedrige Pferdepreise zahle! So brachten sie es fertig, daß die „Beratung" dieses Etats volle zwei Tage dauerte! — Weiter: beim Kapitel Landgendarmerie erhebt sich alljährlich der konservative Herr Hammer, um eine Reihe von Wünschen und Beschwerden der Gendarmen vorzutragen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber war es nötig, daß er in diesem Jahre so ziemlich wieder dieselbe Rede hielt, wie im vorigen Jahr? Und nun kommt erst das beste: nachdem er im vorigen Jahre geendet, erhoben sich nach ihm nicht weniger als noch drei Redner (freikonservativ, Zentrum, nationalliberal), die ganz dieselben Wünsche und Beschwerden, die er schon ausgeführt hatte, noch einmal zum Vortrag brachten! In diesem Jahre war es nicht ganz so schlimm. Aber das hatte seinen guten Grund: die Herren hatten bemerkt, daß ich mich schon während Hammers Rede über die Wiederholungen lustig machte. Deshalb faßten sie sich wesentlich kürzer. Nur der Nationalliberale konnte sich's nicht verkneifen, nochmal etwa 40 Minuten lang in behaglicher Breite, bis auf die braunen und weißen Handschuhe der Gendarmen, das zu wiederholen, was vor ihm Herr Hammer gesagt hatte. Und diese Herren beklagen sich dann über Zeitvertrödelung! Oder was hat es für einen Zweck, wenn bei der Beratung der indirekten Steuern sich plötzlich Herr v. Zedlitz und Neukirch erhebt, um mit lauter Stimme in den Saal hineinzuschreien: Preußen müsse seine Eigenart bewahren und stark sein, um seine Pflicht im Deutschen Reiche zu erfüllen. Eine Phrase, die man schon tausendmal von ihm gehört hat.

Mit diesen wenigen Beispielen, die leicht um das Hundertfache vermehrt werden könnten, ist schon bewiesen, daß das Geschrei der Gegner über sozialdemokratische Vielrederei innerlich unwahr ist: sie machen uns ihre eigenen Sünden zum Vorwurf. Aber freilich ist damit noch nichts gesagt gegen Peus. Wenn die Gegner Ausschreitungen begehen, brauchen wir sie nicht nachzumachen.

Ich will nun gar kein Hehl daraus machen, daß auch mir kurze und inhaltvolle Reden weit lieber sind. Nur freilich muß die Kürze stets im Verhältnis zum Gegenstand stehen. Eine zweistündige Rede zur Generaldebatte des Etats, noch dazu wenn man damit rechnen muß, daß kein zweiter Redner der Fraktion zum Worte kommt, erscheint mir durchaus angemessen. Und auch bei minder wichtigen Gelegenheiten kommt es doch immer darauf an, was und wie viel man zu sagen hat. Viel kommt dabei natürlich auch auf die Geschicklichkeit und Uebung des Redners an. Genosse Peus meint, daß im Reichstag im allgemeinen dreimal so viel geredet wird als nötig ist, so habe ich darüber kein Urteil, weil ich nicht dabei bin. Sehr befremdet aber haben mich diejenigen Aeußerungen von Peus, die schließlich die Grundlage seiner Klagen bilden. Da ist zunächst die Mahnung, der Reichstag solle weniger reden und mehr tun. Ja, was soll er denn „tun"? Eine Debatte über Zweck und Bedeutung des Parlamentarismus will ich in diesem Augenblick nicht beginnen. Daß meine Ansichten darüber denen des Genossen Peus so ziemlich entgegengesetzt sind, ist bekannt. Ich will nur kurz bemerken: es hat sich in dem einen Jahre wohl schon überdeutlich gezeigt, daß die 110 Sozialdemokraten, sobald sie etwas Sozialistisches tun wollen, auf der Stelle die kompakte Majorität der 387 Gegner gegen sich haben. Mit der „positiven Arbeit" sieht's also auch bei dieser Fraktionsstärke ziemlich schlecht aus.

Dann aber der Satz: Ueberflüssig seien alle Reden, die den Gegner nicht umstimmen werden. Da könnte man doch wirklich bald verzweifeln! Bildet sich Genosse Peus wahrhaftig ein, er könne mit einer noch so guten Rede einen Gegner umstimmen? Ich will auch hier den Gegenbeweis unterlassen — der Artikel ist schon viel länger geworden, als er sollte — weil ich ihn bei den Lesern als bekannt voraussetzen darf, und will nur das eine noch hinzufügen: unsere Gegner wissen recht gut, was sie tun, wenn sie ganz unbedeutende Dinge in einer Breite ausführen, die den Hörer zur Verzweiflung bringt. Der Redner will dann allerdings weiter nichts, als daß ein langer Bericht in dem Winkelblättchen seines Wahlkreises erscheint und seine Wähler erneut auf ihn aufmerksam macht. Sie brauchen das, um wiedergewählt zu werden, d. h. um in der alten Stärke ins Parlament zurückzukehren und ihre Machtposition zu behaupten. Dem entgegenzutreten, gehört mit zu den Aufgaben der sozialdemokratischen Parlamentarier. Es ist übrigens auch falsch, wenn Genosse Peus annimmt, daß für unsere Agitation die gegnerische Presse heute keine Bedeutung mehr habe. Ich habe z. B. erst vor ein paar Tagen wertvolle Mitteilungen von einem Manne erhalten, der meine Rede in einem — — General-Anzeiger gelesen hatte. Der Mann hat bisher sicher keine sozialdemokratische Zeitung gelesen. Und Aehnliches passiert jedem von uns sehr häufig.

Wenn der Parlamentarismus unleugbar im Niedergang begriffen ist, so liegt das nicht an äußeren Gründen, sondern es liegt daran, daß er nicht mehr die — für die Bourgeoisie — großen Aufgaben zu lösen hat, wie ehedem. Es ist doch ganz etwas anderes, für das eben entstandene Deutsche Reich diejenigen gesetzgeberischen Grundlagen zu schaffen, auf denen es im Sinne und zum Nutzen der Bourgeoisie existieren soll, als heute, 40 Jahre später, auf diesen gegebenen Grundlagen die kleinen Geschäfte des Alltags zu besorgen. Die großen Redner sind ausgestorben, weil der bürgerliche Parlamentarismus keine großen Aufgaben mehr hat. Die heutigen Reden erscheinen zu lang und langweilig, weil sie keinen großen Inhalt mehr haben können. Und darum werden wir Sozialdemokraten kaum etwas ändern, weil wir im Parlament im wesentlichen doch immer nur zur Abwehr stehen. Daß wir das Große, Neue, das wir schaffen wollen, just durchs Parlament zustande bringen werden, das glaube ich nicht.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 17. Februar 1913.

Die „Legitimierung" der Sozialdemokratie.

Die Junker wachen eifersüchtig darüber, daß die Regierung gegenüber der Sozialdemokratie ständig auch in der Form den grobschlächtigsten Bullenbeißer wahre. Sie fahren jetzt schweres Geschütz auf, weil der ihnen verdächtig erscheinende Staatssekretär Delbrück nicht auch in seiner letzten Rede die Sozialdemokratie grob angerempelt habe. Auf einen derartigen anmaßenden Vorwurf kriecht jetzt die Regierung demütigst zu Kreuze, indem sie in der Nordd. Allgemeinen schreibt:

Die Konservative Korrespondenz hat in ihrer Nummer vom 11. d. Mts. in einem längeren Artikel auf die sozialpolitischen Debatten der vorigen Woche zurückgegriffen. In den letzten Ausführungen des Staatssekretärs Delbrück hat sie eine Wendung gegen die revolutionären Umtriebe der antimonarchischen und antinationalen Sozialdemokratie vermißt. Der Verzicht auf eine solche Wendung habe den widersinnigsten Gedanken auftauchen lassen, als könnte eine Legitimierung der Sozialdemokratie möglich sein. Die genannte Korrespondenz bezeichnet diesen Gedanken mit Recht als widersinnig. In den Ausführungen des Staatssekretärs findet eine derartige Interpretation nirgends eine Grundlage, und sie ist selbstverständlich abzulehnen, falls irgendwo mit ihr gespielt werden sollte.

Das ist unglaublich fidel! Die Sozialdemokratie umfaßt ein Drittel der gesamten Reichstagswähler und weit mehr als ein Drittel des ganzen Volkes — aber sie ist noch nicht „legitimiert". Ob das bedeuten soll, daß sie noch nicht ins polizeiliche Anmelderegister eingetragen ist?

Im übrigen pfeift die Sozialdemokratie auf die Anerkennung (Legitimierung) der heutigen Machthaber. Die Politik der Sozialdemokratie ist Machteroberung! Ob die formalen Wortführer der herrschenden Klassen dazu lächeln oder fauchen, das ist gleichgültig. Verstanden?

Herr Krätke.

Reichstagsbrief.

Herr Krätke ist eigensinnig und will auch gern radiat scheinen. Er stellt sich so, wenn ein Sozialdemokrat spricht, als überhöre er wohlwollend alle Angriffe, die er höchstens mit einer lässigen Handbewegung und einigen herablassenden Redensarten abzutun versucht. Aber diese künstliche Ueberlegenheit kleidet ihn schlecht. Sie paßt nicht zu seinem inneren Aerger, den er nicht verdergen kann, wenn die Kritik ihm das Blut zu Kopf treibt. So wirkte es auch am Sonnabend nur peinlich unecht, als er auf die Rede unseres Genossen Wendel mit ein paar Klischee-Phrasen erwiderte, die viel mehr seine Verlegenheit als eine schlecht gespielte Ueberlegenheit kund tat.

Herr Krätke, der so gern als der starke Herrenmensch auftritt, kann aber auch ganz artig und geschmeidig werden, sobald er irgendwo einen kräftigen Widerstand verspürt. Die Regierung hatte, wie man weiß, durch den Staatssekretär des Reichsschatzamtes jene eigenartige und unglaublich autoritäre Behauptung aufstellen lassen, daß der Reichstag die Ausgabe-Positionen im Etat nicht von sich aus erhöhen könne, und daß er sich mit harmlosen Resolutionen zu bescheiden habe. Ganz abgesehen von der geradezu absolutistischen Theorie, be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0001

deutete diese Erklärung der Regierung ebenso wie das Verhalten des Staatssekretärs des Reichspostamtes, daß der vom Reichstag schon mehrfach geäußerte Wunsch nach einer Besserstellung der Postunterbeamten keine Gnade höheren Orts zu erwarten habe. Die Parteien ließen sich erfreulicherweise diese Behandlung nicht gefallen, und von allen Seiten wurde — mehr oder weniger energisch, je nach der Nüance und nach dem Interesse an dem Los der Postproletarier — die Regierung aufgefordert, bis zur dritten Lesung eine bessere Einsicht anzunehmen. Das wirkte. Herr Kräte gab sein stolzes Selbstbewußtsein etwas preis, und er bequemte sich heute zu dem Zugeständnis, daß er die vorgebrachten Wünsche prüfen werde. „Wohlwollend," setzte er hinzu, um immerhin den Schein jener Erhabenheit zu erhalten. Wir wollen hoffen, daß die Regierung damit sagen wollte, sie werde bis zur dritten Lesung die geeignete Nachgiebigkeit beweisen.

In der Debatte wurden die Forderungen der Postbeamten erneut vertreten. Im übrigen spielte in der Diskussion die Frage der Ostmarkenzulagen wiederum eine gewisse Rolle. Es war namentlich der Nationalliberale Dr. Quard aus Koburg, der sich mit mehr Mühe als rednerischer Begabung gegen ihre Streichung auflehnte. Die namentliche Abstimmung über diesen Posten wird ihm vermutlich zeigen, daß seine Anstrengungen erfolglos gewesen sind. Gegen die Ostmarkenzulage sprach zu Beginn der Sitzung der Pole Dunajski. Genosse Wendel begründete mit einigen Worten unsere Ablehnung dieser rein politischen Forderung.

Während unser Genosse sprach, war dem Herrn Kräte und seinen Assistenten nicht sehr wohl zumute. Der Staatssekretär suchte ja die bekannte Gleichgültigkeit zu markieren. Aber er hatte doch wohl die Empfindung des Unzulänglichen. In der Tat behandelte ihn Wendel mit dem scharfen Spott, den die staatsretterischen Uebergriffe seiner Verwaltung verdienen, und die Beispiele, die er zur Charakteristik des Regime Kräte anführte, beleuchteten allerdings wunderbvll den Geist, der über der Post waltet. Genosse Wendel bewies zwar, daß er in Religion nicht sehr gut beschlagen ist, indem er zuerst Moses mit Aaron verwechselte, und dann beide für Erzväter hielt — dafür war seine sachliche Polemik gegen die Grundsätze der Kräteschen Verkehrspolitik und gegen die Behandlung der Beamten, die sie sich leider allzu leicht gefallen lassen, um so wirksamer. — Der Postetat wird am Montag weiter beraten

Das Zentrum dreht sich!

Angst vor der eigenen Courage bekommt anscheinend das Zentrum. Die Germania läßt sich aus parlamentarischen Kreisen zu dem „Konflikt" mit Tirpitz schreiben:

Die Art und Weise, in der der Staatssekretär seine Erklärung abgab, war zum mindesten ungewöhnlich; wir können nur annehmen, daß es sich um ein Mißverständnis handelt, das sich wohl bei der weiteren Beratung der Streikfrage aufklären dürfte. Es ist selbstverständlich, daß dem Zentrum ein Vorstoß gegen den Staatssekretär v. Tirpitz durchaus fernegelegen hat. Mit Recht aber hat ein Kommissionsmitglied des Zentrums auf die Erklärung des Staatssekretärs erwidert, daß es nicht üblich sei, in solcher Weise Anträge zu beantworten; zu einer sachlichen Besprechung habe sich ja das Zentrum stets bereit erklärt.

D. h. kurz gefaßt: das Zentrum wird in der Messgelderfrage glatt umfallen.

Die Lust an einer Reichstagsauflösung scheint überhaupt im Zentrum stark zusammengeschrumpft zu sein; was z. B. die Kölnische Volksgeitung zur Militärvorlage schreibt, läuft auf eine direkte Bereitwilligkeitserklärung zur Bewilligung der Militärvorlage hinaus. Nur um den Rückzug ein wenig zu maskieren, wird die Deckungsfrage in den Vordergrund gerückt. Das Kölnische Zentrumsblatt sagt dann: „Ist dagegen für die Deckung gesorgt, dann wird die Wehrvorlage unzweifelhaft so glatt und so schnell wie kaum eine ihrer Vorgängerinnen Gesetz werden." Die Regierung weiß nun, was sie schließlich von der „Opposition" der Schwarzen zu halten hat.

Was ist Klassenjustiz?

Man kann wirklich die alljährliche Kritik der preußischen Justiz durch den Genossen Dr. Liebknecht im Dreiklassenhause ein innerpolitisches Ereignis nennen. Am Sonnabend wies er im Dreiklassenhause darauf hin, daß die Dauerreden der bürgerlichen Parteien fast ausschließlich mit Beamtenfragen sich beschäftigt hatten und in der Tat hat weder der Freisinn, noch das Zentrum ein Wort darüber verloren, ob unsere Rechtspflege mit den Interessen des Volkes, mit seinem Denken und seinen sittlichen Anschauungen übereinstimmt, oder sich nicht vielmehr von ihr zu entfernen scheint. Für die letztere Annahme spricht wohl das umfangreiche Material, das soeben erst bei der Justizdebatte des Reichstags nicht nur von unseren Rednern, sondern auch von Mitgliedern anderer Parteien — freilich nicht von Dreiklassenmännern — vorgebracht worden ist. Und Liebknecht konnte noch einige um so schlagendere Fälle hinzufügen. Mit Nachdruck betonte er, daß es der Sozialdemokratie nicht einfällt, trotz all der erbitterten Erfahrungen auf dem Gebiet der Justiz den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorzuwerfen, daß sie aber notgedrungen die Erklärung für so viele schier unbegreifliche Urteile in der Beeinflussung der Richter durch die Interessen ihrer Klasse, durch ihre Umwelt, ihre Erziehung und wahrlich nicht zuletzt durch das preußische System suchen muß, das bei schwerster Strafe keine Ueberzeugung von Beamten duldet, die den Interessen, zu deren Wahrung sich die Regierung berufen fühlt, nicht gleichläuft. Der Justizminister schien dieser Auseinandersetzung nicht gefolgt zu sein, denn er suchte sie nicht zu widerlegen, sondern „empörte" sich über sie — aber eine Widerlegung ist das nicht!

Keine Sprengung der „Gesamtliberalen"

Die Zeitzer gehen — „gradeaus"!

Der fürchterliche Konflikt der geeinigten Gesamtliberalen, der über den Wahlkreis Zeitz ausgebrochen ist, wird seine — echt liberale — Lösung finden, so daß das Landtagswahlabkommen in Kraft bleibt. Wir sagten das schon dieser Tage und glauben es auch heute noch, trotzdem die Freisinnigen als Gemeierte noch gar nicht gesprochen haben. Die Zeitzer Nationalliberalen aber haben gesprochen. Sie verkünden der politischen Welt in einer langen Erklärung, daß sie bereit waren, mit den Konservativen zusammenzugehen (und so die Freisinnigen erbärmlich an die Wand zu drücken), falls die Konservativen den mißliebigen Abg. Windler durch einen — „freikonservativen" Kandidaten ersetzen würden. Die Konservativen wiesen das natürlich höhnisch zurück, worauf die Nationalliberalen beschlossen, — doch das muß man wörtlich genießen:

„getreu dem Grundsatz der nationalen Mittelpartei: nicht nach links, nicht nach rechts, sondern geradeaus zu gehen (grenzenloses Gelächter links und rechts! Red.) und nunmehr zwei nationalliberale Kandidaten für Weißenfels-Zeitz aufzustellen."

Dadurch sei das fortschrittlich-nationalliberale Provinzialabkommen nicht gefährdet — weil die nationalliberalen Herrschaften wissen, daß sie den Freisinn ohrfeigen und treten können, ohne daß er muckt.

Wäre der Freisinn ein Kerl, so müßte er jetzt sagen: gut, euren Fußtritt beantworte ich damit, daß ich mir den sozialdemokratischen Proletarier zu Hilfe hole und durch ein Abkommen mit ihm von vornherein dafür kämpfe, daß bei der Wahl mit euch allen reiner Tisch gemacht wird und ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat durchs Ziel gehe. Aber wer so etwas vom Zeitzer Freisinn erwarten wollte, der wäre reif für Nietleben. Und daß es nicht so kommt, das hat ja bekanntlich letzten Endes die Sozialdemokratie am allerwenigsten zu bedauern.

Der Zeitzer „Gesamtliberalismus" sorgt inzwischen durch sein herrliches „Geradeaus"-Schwanken für unbändige politische Heiterkeit. Der Spaß der nationalliberalen Seite ist heraus, nun kommt der der freisinnigen. Wann?

Der Freisinn unterm nationalliberalen Joch.

Der Landtagswahl-Verbrüderung der Freisinnigen mit den Nationalliberalen in der Provinz Brandenburg wird in einigen Kreisen die weitere Verschmelzung dieser Parteien mit den Konservativen und Freikonservativen folgen. In Oberbarnim-Niederbarnim-Lichtenberg hatte sich ja schon bei der Landtagswahl 1908 ein Block zwischen den angeblichen freisinnigen Feinden des Dreiklassenwahlrechts und seinen konservativ-freisinnigen Anhängern gebildet. Der „Freisinnige" Schepp ließ sich von den Konservativen und Freikonservativen, die ihre Niederlagen gegenüber den vereinigten wirklichen Feinden der Dreiklassenschmach voraussahen, mißbrauchen, um zwei offene Wahlrechtsfeinde und sich selbst in den Landtag bringen. Auf den famosen Block entfielen (wir nehmen die beim ersten Wahlgang abgegebenen Stimmen zur Unterlage) 1019 Stimmen, auf die Sozialdemokraten 508. 160 Wahlmänner, die die Schepp-Schmach nicht mitmachen wollten, gaben verschiedenen nationalsozialen und freisinnigen Kandidaten ihre Stimme. Herr Schepp kandidiert nicht wieder. An seine Stelle soll ein Nationalliberaler in den konservativen-freikonservativen-liberalen Kuddelmuddelblock eintreten. Herr Schepp weiß, warum er nicht wieder kandidiert: die Trauben hängen ihm zu hoch.

Den Sozialdemokraten fehlten im Jahre 1908 bei dem ersten Wahlgang 297 Stimmen, um die vereinigten bürgerlichen Parteien zu schlagen. Diesmal wird's anders werden! Wie die Reichstags-Wahlergebnisse zeigen, hat sich die Zahl der Sozialdemokraten in Niederbarnim um über die Hälfte vermehrt, die Zahl der Konservativ-Freisinnigen ist um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Statt 558 bis 552 Wahlmänner dürfte danach Niederbarnim allein reichlich 800 Wahlmänner aufbringen. Hierzu tritt eine Bevölkerungsvermehrung (unter Abrechnung des Berliner Teils, der nur bei der Reichstagswahl mit Niederbarnim gemeinsam wählt) vom Jahre 1905 bis 1910 von rund 136 000. Oberbarnim weist 6343 Seelen bei der Volkszählung von 1910 mehr als im Jahre 1905 auf. Es sind also mindestens 500 Wahlmänner mehr als im Jahre 1908 zu wählen. Von diesen dürften reichlich 400 auf die Sozialdemokratie entfallen. Hinzu tritt, daß Oberbarnim, das im Jahre 1908 nur 25 sozialdemokratische Wahlmänner (gegen 240 Block- und 80 andere Kandidaten) aufbrachte, während in diesem Jahre wohl mit 100 sozialdemokratischen Wahlmännern bei kräftiger Agi-

---

25[

Die Getreidebörse.

(Nachdr. verboten)

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

„O, ich bedaure sehr, daß Sie Kopfschmerzen hatten," sagte Jadwin. „Ich glaube, meine kleinen Micks" — er nannte seine Missionskinder stets so — „machen mehr Lärm wie Musik."

„Ich fand sie sehr interessant."

„Verzeihen Sie, aber ich glaube, meine kleinen Micks sind nicht interessant — mag man sie nun ansehen oder anhören. Aber ich — gewissermaßen — ja, ich weiß selbst nicht", er begann an seinem Schnurrbart zu zupfen, „es scheint mir, daß ich Gefallen daran finde, mich mit den Kerlchen abzugeben und sie an mich zu fesseln. Sie müssen wissen, Moody (Moody und Sankey, zwei amerikanische Prediger, bekannt durch die von ihnen geleiteten revivals (Glaubenserweckungsversammlungen) und Moodys and Sankeys Hymus, von Dissentern und der Heilsarmee viel gesungene Kirchenlieder) hat mich darauf gebracht. Vor ungefähr fünf Jahren war er hier, und ich ging mal zu einer von seinen großen Gebetsversammlungen und dann zu allen. Ich hab' ihn auch persönlich kennen gelernt, und ich sag' ihnen, Fräulein Dearborn, er hat mich aufgerüttelt. Ich hab' mich nicht bekehrt und bin fromm geworden. Nein, nichts von alledem. Aber ich bin auf die Idee gekommen, daß es Zeit wäre, sich zu rühren und was zu tun, und da hab' ich mir's ausgerechnet, daß kaufmännische Grundsätze in der Religion ebenso gut sind wie in — sagen wir in der La-Salle-Straße. Und wenn die Kirchlichgesinnten — ich spreche nur von den Männern — den Seelen mit ebensoviel Energie und Schlauheit und ebensolchem scharfen Wettbewerbe nachjagen wie dem Dollar, so könnten wir was erreichen. Na, und da legte ich meine Hand auf ein halbes Dutzend niedergebrochener, bankrotter Sonntagsschulen drüben auf der Archer-Avenue, die sich einander in den Haaren lagen, und brachte sie alle unter einen Hut — 'nen regulären Trust machte ich draus, gerade als ob's Eisengießereien gewesen wären — die unfähigen Lehrer warf ich raus und ersetzte sie durch meine Leute und stellte die Sache ganz auf 'ne geschäftliche Basis, und heute, das kann ich wohl sagen, gibt's in ganz Chikago keine besser organisierte Sonntagsschule. Ich wette, wenn D. L. Moody heute hier wäre, so würde er sagen, „Jadwin, das ist wohlgetan, du guter und getreuer Knecht"."

„Das bezweifle ich nicht im geringsten, Herr Jadwin", beeilte sich Laura ihm zu versichern. „Und Sie müssen nicht glauben, daß ich gering denke von Ihrem edeln Wirken."

„Ich sind' eben Gefallen dran," sagte er wieder. „Ich hab' meine kleinen Micks gern und ab und zu kommt mir einer in die Hände, bei dem sich's lohnt, wenn man ihn fördert. Vor vier Monaten etwa wurde ich auf einen Jungen in der Bibelklasse aufmerksam, er ist wohl sechzehn, dächt' ich; Bradleh heißt er — Billy Bradley. Der Vater ist ein Gewohnheitssäufer, die Mutter 'ne Waschfrau, die Schwester — wir wollen nicht drüber reden. Der Junge schien aufgeweckt und arbeitswillig zu sein, ich tat ihn ins Kontor zu meinem Geschäftsführer, und der ließ ihn Briefumschläge adressieren. Heute, Fräulein Dearborn, hat der Junge sein eignes Pult, und mein Geschäftsführer sagt mir, daß er einer seiner tüchtigsten Arbeiter ist. Er machte seine Sache so gut, daß ich zwei andre Burschen entlassen konnte, die nur dasaßen und immer nach der Uhr sahen, ob's nicht bald Zeit zum Frühstück wäre; Bradleh verrichtet die Arbeit von den beiden besser und schneller und erspart mir zwanzig Dollar die Woche — das sind tausend im Jahre. So kommt's, wenn man 'ne Sonntagsschule auf eine geschäftliche Basis stellt, so kommt's, wenn man eine gut zielt, ehe er sein Brot aufs Wasser wirft. Als ich Moody zuletzt sah, da sagte ich, „Moody, mein Motto ist: Sei fleißig bei der Arbeit, fest im Glauben und lobe den Herrn!" Ich weiß noch, wir fuhren gerade, mit Lisella fuhr ich ihn — sie ist fast reines Wilkes Blut und kann in zwei zehn traben, aber, ob Sie's wohl glauben, er hatte keine Ahnung davon — ja, wie gesagt, ich sagte, das ist mein Motto, und da meinte er, „Z. das ist das richtige, daran halten Sie fest. Für den amerikanischen Geschäftsmann gibt's in der ganzen Welt kein besseres Motto." Er drückte mir die Hand, wie er das sagte, und ich hab's nie vergessen."

Laura war einigermaßen verlegen und wußte nicht recht, was sie sagen sollte; schließlich fand sie sich mit der ziemlich lahmen Bemerkung ab: „Sicher ist das der richtige Geist — das beste Motto."

„Fräulein Dearborn, warum übernehmen Sie nicht eine Klasse bei uns?" fragte Jadwin unversehens. „Die kleinen Micks sind nicht so schlimm, wenn man näher mit ihnen bekannt wird."

„Ich!" rief die überraschte Laura. Sie schüttelte den Kopf. „O nein, Herr Jadwin. Ich wäre nur eine Last für Sie. Mißverstehen Sie mich nicht! Ich billige Ihre Bestrebungen von ganzem Herzen, aber ich bin nicht die geeignete Persönlichkeit — ich fühle mich nicht dazu berufen. Bei meiner Unfähigkeit würde ich gar nichts leisten — davon bin ich fest überzeugt. Meine Erziehung ist so ganz anders gewesen. Sie müssen bedenken," fuhr sie lächelnd fort, „ich gehöre zur bischöflichen Kirche — zur „unentwegtesten Sekte der Pharisäer". Ich würde Ihre kleinen Micks darüber belehren, was die Kerzen und die „Oestlichkeit des Altars" zu bedeuten haben, über Ablaß und Sündenvergebung würde ich dozieren."

„Ich hätte gar nichts dagegen, wenn Sie's täten," erwiderte er; „'s ist der indirekte Einfluß, an den ich denke — der indirekte Einfluß, den eine schöne, edelgesinnte, herzensreine Frau um sich verbreitet, wo sie auch sein mag. Ich weiß, wie das auf mich gewirkt hat. Und ich weiß, daß nicht nur meine kleinen Micks, sondern jeder Lehrer, jeder Vorsteher unsrer Sonntagsschule begeistert und angespornt und wie neugeboren sein würde, sobald Sie nur den Fuß ins Haus setzen. Männer, die in der Welt wirken und schaffen, haben gute Frauen nötig, Fräulein Dearborn. Ich glaube an die Frauen, wie ich an Christus glaube. Aber ich glaube nicht, daß die Frauen — ebensowenig wie Christus — dazu geschaffen sind, über ein gewisses Maß hinaus nur ihre eignen Seelen zu läutern, nur ihren eignen Geist zu bilden und zu diesem Zweck in einer Art von künstlich erwärmten, spielerischen, von bunten Glasfenstern ein- und abgeschlossenen Welt zu leben. Nein, das paßt nicht für die Vereinigten Staaten und für die Männer, die unser Volk zum größten und mächtigsten der Welt machen. Die Männer haben all den Mut und die Fixigkeit, die sie brauchen, aber sie bedürfen der Frauen, die ihnen den rechten Weg weisen und ihnen zeigen, wie man jenes andere Leben lebt, das nicht nur Platzerei ist. Von dem Augenblick an, in dem ich Sie kennen gelernt habe, Fräulein Dearborn, habe ich die Tatsache zu erkennen begonnen, daß es solch ein andres Leben gibt — ich kann's aber nicht leben ohne Sie. Irgendeine Art von Leben, das Sie nicht einschließt, hat für mich keinen Wert. Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß ich will, daß Sie mich heiraten. Ich liebe Sie, nicht wie ein junger Mensch, ich liebe Sie wie ein Mann, ernstlich und innig. Ich kann Ihnen gar keine Idee davon geben, wie ernstlich, wie innig. Ich will, daß Sie meine Frau werden, Laura, liebstes Mädchen, ich weiß, daß ich Sie glücklich machen kann."

Er schwieg, und Laura, die mit ihrer Entgegnung zögerte, fühlte, daß er eine solche erwartete. Endlich sagte sie langsam: „Das kommt zunächst nicht in Betracht."

„Was denn? Ich will keine Szene machen. Lieben Sie mich nicht? Glauben Sie nicht, geliebtes Mädchen, daß Sie mich einmal lieben könnten?"

Wieder zögerte Laura. Sie hatte die Rose von ihrer Schulter gelöst und zerpflückte sie Blatt auf Blatt. Vom andern Ende des Raumes her vernahm man die lauten Ermahnungen Monsieur Gerardys. Frau Crezler und Isabel Gretry beobachteten von der offenen Tür des Speisezimmers aus aufmerksam den Verlauf der Probe. Tante Weiß und Crezler saßen auf dem Sofa der linken Längswand und unterhielten sich über spiritistische Versuche und Sitzungen. Nach einer Weile sagte Laura, ihre Worte sorgfältig wägend: „Das ist es auch nicht."

„Also, was denn?"

„Ich — ich weiß es noch nicht. Erstens, Herr Jadwin, möchte ich überhaupt nicht heiraten."

„Ich würde warten."

„Auch verloben möchte ich mich nicht."

„Aber früher oder später wird doch der Tag kommen, an dem Sie sich verloben, an dem Sie heiraten werden. Sie müssen sich doch mal fragen, ob Sie den Mann lieben, der Ihr Gatte zu werden wünscht. Warum fragen Sie sich nicht gleich jetzt?"

„Das habe ich getan," antwortete sie. „Ich habe mich gefragt."

„Nun, und was für eine Antwort haben Sie sich gegeben?"

„Daß ich es nicht weiß."

„Glauben Sie nicht, daß Sie mich mit der Zeit liebgewinnen könnten? Laura, ich glaube sicher, Sie könnten's! Ich würde Sie schon dazu bringen."

„Ich weiß es nicht. Das ist wohl eine törichte Antwort. Aber es ist die einzige, die ich Ihnen geben kann, wenn ich ehrlich sein will, und ich gebe mir alle Mühe, ehrlich zu sein. Ich bin glücklich, so wie ich jetzt bin. Ich habe Sie gern und Herrn Crezler und Herrn Corthell — alle. Aber, Herr Jadwin" — sie sah ihm voll ins Gesicht, und ihre dunklen Augen nahmen einen tiefernsten Ausdruck an —, „für eine Frau hat das Heiraten eine so große Bedeutung. Eine so ernste Sache ist es. Mehr, als irgendein Mann sich je vorstellen kann. Und man muß seiner Sache so sicher sein, o, so sicher. Und ich bin das nicht, ich bin's nicht. Selbst wenn ich Ihrer ganz sicher wäre, Ihnen ganz vertraute, so könnte ich doch nicht sagen, daß ich mir selbst traue. Manchmal sag' ich's mir, und auch der guten alten Tante Weiß sag' ich's, daß ich nie jemand lieben werde, daß ich nie heiraten werde. Aber ich müßte mich selbst tief bedauern, wenn ich das wirklich glaubte. Es ist eine der größten Glückseligkeiten, die ich für mich erhoffe, daß ich eines Tages jemand von ganzen Herzen und aus voller Seele lieben werde, und daß ich eine wahrhaft gute Frau sein und in der Liebe meines Mannes das höchste Glück meines Lebens finden werde. Aber ich weiß, daß dieser Tag noch nicht gekommen ist."

„Und wenn er endlich kommt," drang er in sie, „darf ich der erste sein, der es erfährt?"

Ein leichtes Lächeln huschte über ihre Züge, dann aber erwiderte sie mit unverändertem Ernst: „Ich würde erst dann wissen, daß dieser Tag gekommen ist, wenn mein Herz plötzlich erwacht und mir sagt, daß ich den Mann liebe, der mich zur Frau begehrt, und dann könnte es zu spät sein — für Sie!"

„Aber wenigstens jetzt," fragte er beharrlich, „lieben Sie niemand?"

„Jetzt liebe ich niemand."

„Und darf ich das als eine Art Ermutigung auffassen?"

Eine plötzliche Laune, ein unerklärlicher innerer Widerspruch ließ sie mit einem Male als grundverschieden von der Laura erscheinen, die eben noch so überzeugt und ernst über die Ehe gesprochen hatte. Den Kopf zur Seite geneigt und auf das Rosenblatt zwischen ihren Fingern blickend, zögerte sie eine Weile mit ihrer Antwort und sagte endlich leise: „Wenn Sie wollen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0002

kation zu rechnen ist. Die Möglichkeit, daß die Sozialdemokratie diesmal bei den Landtagswahlen Oberbarnim-Niederbarnim-Lichtenberg erobert, ist also nicht gering. Das Bündnis der Freisinnig-Nationalliberalen mit den Konservativen wird sicherlich dahin wirken, um die Möglichkeit zur Gewißheit zu machen!

Im Wahlkreise Westhavelland-Brandenburg, auf den sich das Wahlabkommen nicht erstreckt, sind bei der letzten Wahl im Jahre 1908 die konservativen Abgeordneten v. Brandenstein, Graf Bredow und Metzenthin mit 865 resp. 866 Stimmen gewählt worden, während die Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei 226 bis 228, die sozialdemokratischen Kandidaten [illegible] Stimmen erhalten hatten.

Vom „hinausgeschmissenen" kaiserlichen Gutspächter.

Zu der Affäre des Pächters Sohst, von dem Wilhelm II. behauptete, daß er ihn hinausgeschmissen habe, wird der Berliner Morgenpost weiter aus Elbing geschrieben:

„Der Generalbevollmächtigte des Kaisers für das Gut Cadinen, Oberregierungsrat v. Eydorf, hat dem Pächter Sohst gekündigt, so daß er bei Gültigkeit der Kündigung am 1. Juli die Pachtung zu räumen gehabt hätte. Herr Sohst hat jedoch diese Kündigung als nicht zu Recht bestehend anerkannt, da der Pachtvertrag auf 20 Jahre geschlossen wurde, von denen erst 15 Jahre abgelaufen sind, und da in dem Vertrag dem Verpächter das Recht der Kündigung überhaupt nicht vorbehalten ist. Daraufhin hat die Verwaltung von Cadinen den Pächter verklagt. Der erste Termin in dieser Angelegenheit soll Ende Februar vor der Zivilkammer des Elbinger Landgerichts stattfinden. Herr Sohst selbst verweigert über die Angelegenheit aus begreiflichen Gründen jede Auskunft. Jedenfalls kann aber von einem „Hinausschmeißen" des Pächters keine Rede sein. . . . Sohst ist in den hiesigen landwirtschaftlichen Kreisen als angesehener und tüchtiger Landwirt bekannt. Seine Familie ist schon über 30 Jahre in Rehberg ansässig. Der Pächter Sohst ist von streng konservativer Gesinnung, sitzt im Vorstand verschiedener konservativer Vereine, hat jahrelang den Kriegerverein geleitet und war außerdem Vorstandsmitglied in landwirtschaftlichen Fachvereinen und Gruppenvorsitzender im Bund der Landwirte. Besonders gerühmt wird mir, daß Herr Sohst sehr für die Wohlfahrt seiner Leute interessiert war, soweit wie das in der Macht des Pächters steht und daß er infolge seines humanen Wesens nicht ein einziges Mal während der ganzen Pachtzeit wesentliche Differenzen mit seinen Leuten gehabt hat. . . . Hier ist man sich allgemein klar darüber, daß, abgesehen von dem beleidigenden Inhalt der Ausführungen des Kaisers über seinen Pächter, die Kaiserworte eine schwere Schädigung für Herrn Sohst im Gefolge haben können, denn natürlich wird es ihm ganz unmöglich sein, eine neue Domäne verpachtet zu erhalten und auch Privatbesitzer werden Anstand nehmen, ihre Güter einem Pächter anzuvertrauen, der von so hoher Stelle aus als untüchtig gekennzeichnet worden ist. Dadurch gewinnt die ganze Angelegenheit für Herrn Sohst natürlich eine außerordentliche materielle Bedeutung."

Dieser königstreue Mann muß ja ganz erstaunliche Erfahrungen durchmachen. Wie seine Königstreue dabei fahren wird, bleibt abzuwarten. Was in aller Welt werden aber die Machthaber des Bundes der Landwirte tun? Wollen sie für ihren Gruppenführer dem nicht eintreten? Die Geschichte wird für die „nationalen" Kreise immer peinlicher.

Deutsches Reich.

— **Die Fortschrittler werden immer militärfrommer.** Die fortschrittlichen Mitglieder der Budgetkommission des Reichstags, die Abgg. Hecscher, Dr. Struve und Liesching, wollen bei der zweiten Lesung des Marine-Etats die Wiedereinsetzung des abgelehnten Marine-Attachés für Argentinien beantragen. — Die Wünsche der Regierung in Form von Anträgen dem Reichstage zu unterbreiten, war bis jetzt eine Aufgabe, der sich mit Vorliebe die Nationalliberalen unterzogen haben. Jetzt scheinen sich die Fortschrittler mit ihnen in diese Aufgabe teilen zu wollen. Die Stelle eines Marine-Attachés in Argentinien, das ganze zwei Kriegsschiffe besitzt, wäre nichts anderes als eine Sinekure und eine bodenlose Verschleuderung von Steuergroschen.

— **Der Zentrumsabgeordnete Schädler liegt im Sterben.** Schon seit längerer Zeit ist er schwerkrank und jetzt wird berichtet, daß er seit Sonnabend in Agonie liege und das Ableben stündlich erwartet werde. Schädler, der seit 1890 dem Reichstag und von 1891 bis 1911 dem bayerischen Landtage angehört, ist ein populärer Abgeordneter der Zentrumspartei gewesen. Seine urwüchsige Art zu reden, verschaffte ihm immer die Aufmerksamkeit des Parlaments. Er vertritt im Zentrum den Flügel, der immer vorgeschoben wird, wenn das Zentrum sich einmal in Opposition befindet.

Schädler vertritt im Reichstage den Bamberger Wahlkreis, der dem Zentrum absolut sicher ist. Bei der letzten Wahl fielen 14 724 Stimmen auf das Zentrum, denen 5000 sozialdemokratische und 4400 fortschrittliche Stimmen gegenüber standen. Aus dem bayerischen Landtag wurde Schädler bei den letzten Wahlen durch einen Liberalen verdrängt.

Eine weitere Meldung besagt: Schädler ist Sonntag nacht verschieden.

— **Von Welfentreue und Welfenfonds.** Der Gesamtausschuß der Welfenpartei hat am Sonnabend in Hannover getagt und Stellung zu der durch die Verlobung der preußischen Prinzessin mit dem Cumberländer geschaffenen Lage genommen. Die Stimmung war eine sehr friedliche. In einer Resolution wird die Verlobung als erster Schritt auf dem Wege des Friedens bezeichnet, die welfische Partei werde weiter eintreten für das Recht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und einen wahrhaft ehrlichen Frieden und Ausgleich der vorhandenen Gegensätze erstreben. Im Kampfe für das Recht und den Frieden erschöpfe sich die Aufgabe der deutsch-hannoverschen (Welfen-) Partei. — Da die Fürstentreue versagt hat, wird auch Untertanentreue abbröckeln.

Die Aussöhnung der Hohenzollern mit den Cumberländern gibt Veranlassung, wieder des Welfenfonds zu gedenken. Der Hannoversche Courier spricht davon, daß der Welfenfonds in Höhe von 60 Millionen Mark jetzt ausgezahlt werden würde. Das Blatt hat übersehen, daß der preußische Landtag am 31. März 1892 einem Gesetzentwurf zustimmte, der die Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds verfügte. Das ursprünglich vorhandene Kapital ist mit den aufgelaufenen Zinsen schon damals an den Cumberländer ausgeliefert worden.

— **Neuer Spionagefall?** Aus Danzig wird dem Vorwärts gemeldet: Am 13. Febr. nachm. wurde der Dr.-Ing. Seegel, der im Konstruktionsbureau der kaiserlichen Werft zu Danzig, Abteilung Unterseeboote, beschäftigt wurde, plötzlich verhaftet. Als Grund wird die Lieferung von Zeichnungen an eine auswärtige Werft — genannt wurde England — angegeben. Der Verhaftete war auf der Staatswerft seit etwa einem Jahre tätig und bezog ein Monatsgehalt von 350 Mk. Seine Beschäftigung bestand in der Bearbeitung der Zeichnungen für die neuesten Konstruktionen der Unterseeboote Nr. 27—30. Diese Arbeiten werden, wie sich das bei dem besonderen Charakter dieser Marinewaffe von selbst versteht, mit Argusaugen gehütet. Trotzdem scheint es, daß eine auswärtige Macht in den Besitz der Pläne gelangt ist, bevor noch der Reichstag die Mittel bewilligte.

Die Verhaftung wird sehr geheimnisvoll behandelt. Zu seiner Stellung auf der Werft kam Seegel auf Grund gefälschter Zeugnisse. Wie bereits festgestellt wurde, ist er nicht Dr.-Ing., auch nicht geprüfter Ingenieur, sondern einfacher Techniker.

— **Kleine Notizen.** Am Mittwoch kommt im Reichstage der Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes zur Verhandlung. Als Redner des Zentrums sind bestimmt die Abgeordneten Spahn und Gröber, für die sozialdemokratische Fraktion sprechen die Abgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern und Dr. Erdmann. — Die Konservativen werden im Landstagswahlkreis Flatow-Deutsch-Krone, für den verstorbenen Abg. Wilckens, den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Dr. Roesicke als Kandidaten aufstellen. Wieder in den Reichstag zu kommen, hat Herr Roesicke nicht die mindeste Aussicht, deshalb steckt man ihn in das Dreiklassenhaus.

Belgien.

Vor dem Generalstreik. Der Bürgermeister von Brüssel hat auf den 23. Februar die Bürgermeister aller größeren Städte zu einer Konferenz eingeladen, um über die Frage des Generalstreiks und über etwa zu ergreifende Maßnahmen zu beraten. — Die Arbeiter schreiten indes ruhig und unbeirrt an die Mobilisierung. Bis zum 14. April lautet die Parole:

Vorbereitung für den Generalstreik!

Brüssel, 16. Februar. Die Redakteure der antimilitaristischen Zeitung La Caserne in Gent wurden unter öffentlicher Anklage gestellt, „weil sie Soldaten aufgefordert hatten, ihren Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern".

Mexiko.

Madero will nicht abdanken. Die Meldung, daß der durch den General Felix Diaz in seiner Stellung hart bedrohte Präsident Madero bereits abgedankt habe, hat sich als verfrüht herausgestellt. Als die Senatoren im Senat erschienen, um Madero zur Abdankung aufzufordern, war dieser nicht anwesend. Wie erklärt wird, ist Madero absichtlich der Senatssitzung ferngeblieben. Er erklärte, er wolle „lieber sterben", als abdanken. Ein Senator hielt eine Ansprache an das Volk, in der er erklärte, Madero sei geschlagen und eine Einmischung der Vereinigten Staaten zum Schutze der Fremden stehe bevor. Eine Abordnung des Senats begab sich zu Diaz und suchte ihn zu einem Waffenstillstand zu bestimmen. Diaz wiederholte seine Forderung, daß Madero zuvor abdanken solle.

Madero hat an Präsident Taft das Ersuchen gerichtet, sich in die mexikanischen Verhältnisse nicht einzumischen, bis er den Aufstand unterdrückt habe. Taft erwiderte mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, für die Sicherheit der Fremden zu sorgen, falls eine Intervention vermieden werden solle.

Ein Waffenstillstand zwischen Madero und Diaz ist auf 24 Stunden abgeschlossen worden, und zwar hauptsächlich deshalb, um in der Nähe der Gesandtschaften neutrale Zonen zu schaffen, und auch, um den Nichtkämpfern zu ermöglichen, die Stadt zu verlassen. Diaz stimmte nur zu, als ihm der amerikanische Botschafter Wilson versicherte, daß es keine Falle sei. Beide Parteien haben sich verpflichtet, inzwischen ihre taktische Stellung nicht zu verbessern.

De la Barra, der als der voraussichtliche Nachfolger Maderos gilt, begab sich in Begleitung des spanischen Gesandten zum Arsenal und zum Palast. Ueber die Natur seiner Unterredungen mit Madero und Diaz bewahrte er Stillschweigen, jedoch gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Feindseligkeiten beendet würden.

Neuyork, 16. Februar. Nach einem Telegramm aus El Paso hat der in San Antonio (Texas) kürzlich gegen Bürgschaft freigelassene Emilio Vasquez Gomez gestern bei Columbus (Neu-Mexiko) die mexikanische Grenze überschritten und sich zum Präsidenten „proklamiert".

Mexiko, 17. Februar. Der Waffenstillstand ist heute vormittag für beendigt erklärt worden und der Kampf von beiden Seiten mit großer Heftigkeit wieder aufgenommen worden.

Kleine Auslandsnachrichten. Der bevorstehende Generalstreik in Ungarn macht den „Behörden" arges Kopfzerbrechen. Sie treffen „umfassende Vorkehrungen". Für die Dauer des Generalstreiks wurden „bestimmte Preise für die Lebensmittel festgesetzt" und „strenge Strafen angedroht", das Publikum hinsichtlich der Qualität oder des Preises zu übervorteilen. Die „Behörden" sind der Ansicht, daß sich etwa 60 Prozent der Arbeiterschaft dem Streik anschließen werden. — Castro darf nach Amerika. Das amerikanische Bundesgericht hat in dem vom Expräsidenten Castro beantragten Habeascorpus-Verfahren zugunsten Castros entschieden. Das Landungsverbot gegen den früheren Präsidenten von Venezuela, das von der Einwanderungsbehörde erlassen und vom Handelsminister bestätigt worden war, ist dadurch aufgehoben und Castro zur Landung in den Vereinigten Staaten zugelassen.

Aus der Partei.

Des Gemordeten Begräbnis.

Aus Wien meldet Wolffs Bureau: Sonntag nachmittag fand unter außergewöhnlicher Beteiligung das Leichenbegängnis des ermordeten Abgeordneten Schuhmeier statt. Die Zahl der Teilnehmer, welche dem Sarge folgten oder auf dem Wege zum Friedhofe Spalier bildeten, wird auf Hunderttausende geschätzt. An der von der Gemeinde Wien gestifteten Grabstätte auf dem Ottakringer Friedhof wurden zahlreiche Ansprachen gehalten, darunter auch von den deutschen Reichstagsabgeordneten Scheidemann und Fischer.

Eine Woche Justizarbeit.

Eine heiße Woche hat die Essner Arbeiter-Zeitung hinter sich: Am Dienstag wurden dem Genossen Steinbüchel 50 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Arbeitswilligenagenten — er war „Seelenverkäufer" genannt worden — zudiktiert. Donnerstag erhielt Genosse Neumann von der Duisburger Strafkammer 14 Tage Gefängnis als Verantwortlicher der seinerzeit noch in Essen gedruckten Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung wegen des Vorwurfs der Klassenjustiz und am Freitag bekam der gleiche Preßsünder von der Essner Strafkammer einen Monat Gefängnis, weil er durch den wesentlich abgeschwächten Nachdruck der Gefängniserinnerungen des Genossen Schubert in Harburg eine „Richterbeleidigung" begangen haben soll. Genosse Schubert wurde von der gleichen Anklage freigesprochen.

Diese politische Hitze in Essen ist wesentlich zurückzuführen auf die große Aufmerksamkeit, die die politische Abteilung der königlichen Polizei der gesamten modernen Arbeiterbewegung entgegenbringt. Der Chef dieser politischen Abteilung ist der Polizeiassessor Hansch, der die Mitgliederliste des Steigerverbandes an den Bergbaulichen Verein gegen hohes Entgelt für seine Mittelsperson abgab. Diesem Polizeiassessor Hansch steht zur Seite der königliche Kriminalkommissar Leschnick, der wiederholt an Gerichtsstelle zugab, daß er sich politischer Spitzel bedient.

† **Die Erlebnisse einer Gräfin** bilden das Tagesgespräch in Leipzig. Die Dame hatte ihre Butterlieferantin, eine biedere Bauernfrau aus der Nähe von Zwenkau, beschuldigt, ihr verfälschte Butter geliefert zu haben. Ein Vergleich mit der in einem Leipziger Geschäft gekauften sollte das beweisen. Darob erst großes Lamento seitens der Bäuerin, dann Grobheiten und endlich eine Redensart, die man nicht drucken kann. Die gnädige Frau nimmt von jeder der beiden Buttersorten eine Probe und stürmt zum städtischen Untersuchungsamte. Resultat: Die Butter der Bäuerin ist wirklich Butter, die andere, viel feinere — ist Margarine. Allerdings die Pflanzenbuttermargarine Aromin, die in Wohlgeschmack, Aroma und Aussehen der besten Molkereibutter mindestens nichts nachgibt, aber um ein Drittel billiger ist. Urheberin des ganzen unliebsamen Auftritts war Lina, die holde Köchin, die immer, wenn die Bauernbutter alle war, Aromin geholt und sich dabei manchen Schmugroschen gemacht hatte. Seitdem wird in der gräflichen Familie viel Aromin verbraucht, Lina aber muß sich zum nächsten Ersten eine neue Stelle suchen und ihr geschieht recht, denn man soll seiner Herrschaft treu sein. *2252

Frauen-Schönheit

Stechenpferd-Seife

verleiht ein rosiges, jugendfrischer Antlitz und ein reiner, zarter, schönes Teint. Dies erzeugt die allein echte

die beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul. Stück 50 Pf. Überall zu haben. Ferner macht der Lilienmilch-Cream „Dada" rote und spröde Haut in einer Nachtweiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. *2254

Die letzten

3 Ausnahme-Tage!

10 % Rabatt trotz unserer anerkannt billigen Preise auf alle Waren.

(Nur Kurzwaren sind ausgeschlossen.)

Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

6282

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0003

Sparsame Hausfrauen verwenden für Tafel und Küche / / /

COCOSA

-Pflanzenbutter-Margarine

in jeder Beziehung bester Molkereibutter ebenbürtig, aber

bedeutend billiger

Zu haben in allen Geschäften der Lebensmittelbranche. / /

Allein. Fabrikanten: Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhld.) • • Bureau und Lager: Halle a. S., Magdeburgerstr. 11. • Tel. 401.

6218

Walhalla-Theater

Täglich abends 8 Uhr:

:: :: Autoliebchen :: ::

Große Posse in 3 Akten v. Kren u. Schönfeld.

6282 **Musik von Jean Gilbert.**

Gesangsschlager:

Autoliebchenwalzer. — Two-step. — Versuchs doch mal! — Fräulein, können Sie linksrum tanzen? — Das haben die Mädchen so gerne. — Im Lustgarten ist Frei-Konzert. — Die Polizei find't was dabei.

Ueberall ausverkaufte Häuser! Ueberall Bombenerfolg!

Bedeutend verstärktes Orchester. Gewöhnliche Preise.

Burg-Kino.

Uebergroßer Besucherandrang durch: **Unter zwei Flaggen**, Mehrakter, die wirkliche Fremdenlegion. **Brecho Bills Bibel**, mehrakteilig, tiefergreifendes Wildwestdrama. 6272

Diese Woche

Volksliebling . . . Pfund **90 Pfg.**

beste Pflanzenbutter-Margarine. 6286

Auf jedes Pfund **ein Eierständer** oder **ein** : **Brotkorb** oder **eine Schlüsselleiste** :

gratis.

Otto Gottschalk,

Gr. Ulrichstr. 32. Talamtstr. 7. Niemeyerstr. 11.

Soeben erschienen:

Wiener Märzzeitung

mit der Kunst-Beilage

„Die Antwort."

Preis 20 Pfennige. Preis 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/43.

Schraplau. Schraplau.

Total-Ausverkauf.

Alters- und krankheitshalber habe ich mich entschlossen, mein seit langen Jahren bestehendes

Schuh- u. Stiefel-Lager

vollständig aufzugeben. *2255

Wie bekannt, führe ich nur reelle gute Waren, und habe ich die Preise auf fast alle Waren bedeutend herabgesetzt.

H. Kulbe, Schuhmachermeister, Markt 17.

Butter billiger!

Frische Thüringer Gutsbutter, Stück 33 Pf. 6283

Georg Holtzhausen, Leipzigerstraße 1.

2407 **+ Frauen +**

brauchen bei Störung. u. Unregelmäßigkeit. sow. Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Saifuerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 M., Tropfen 6.00, 8—10 M., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst

Fil.-Dep. **Dr. Conrad Scheidig,**

Halle (Saale), Graseweg 3a, p. l. Damenbedienung. Rückporto.

Ring-Aepfel

jährig, Pfund 25 Pfennig, empfiehlt: 6275

F. H. Weber,

Gr. Steinstr. 46, neb. Walhalla.

Großes Federbett 8 Mark., Kissen 3 Mark, zu verkaufen

5979 Albrechtstr. 16, 1 links.

---

1 Wohnzimmer, Schlafzimmer (fast neu), Kücheneinrichtung verkauft für 395 Mk.

Friedrich Pelleke,

Geiststr. 25. 6273

Klar auf der Hand

liegt es, daß Sie **Fahrräder** und **Fahrradartikel** nirgends günstiger kaufen können als bei *2045

Otto Sparmann, neben dem Walhalla.

Laufdecken, 1 Jahr Garantie, 4.60 Mark, **Luftschläuche,** 1 Jahr Garantie, 3.35 Mk.

Essen Sie täglich **Honig,** wenn Sie Ihre Gesundheit erhalt. wollen. **Garant. reinen Blütenhonig,** hervorragend schöne Qualität, Pfd. 90 Pfg., bei 5 Pfd. 85 Pfg. empfiehlt 6271

Carl Booch, Breitestraße 1, Marktpl. i. Turm und Leipzigerstraße 61/62.

Wenig gebrauchtes

prachtv. Federbett, rot Inlett, gute Nähmaschine, Sofa, Spiegel, Schreibtisch und Bettstelle spottbillig zu verkaufen. 6270

S. Rosenberg

Geiststr. 21, 1 Tr.

Pflaumen-Mus

gar. rein, mit Raffinade, à ℔ 25 ₰, 6274 empfiehlt:

F. H. Weber, neben Walhalla

Teufels Spezialitäten:

Leibbinden, Suspensorien, Monatsbinden,

*1271 **Geradehalter, Diakonbänder für Krampfadern**

F. Hellwig, Halle a. S., Barfüsserstr. 10.

Fernruf 2620. Gegr. 1831.

---

1 Pianino ist billig zu verkaufen

6279 **Geiststrasse 25.**

Arbeitsmarkt

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: Deutsche Vakanzen-Post, Eßlingen 156. *1903.

Fleissige

Arbeiterin sofort gesucht.

6284 **A. Samuel,**

Rohproduktengeschäft, Alt. Markt 7.

---

*2259 **Verlässlicher Mann**

z. Uebernahme einer Versandstelle in jed. Bezirk f. dauernd gesucht. Beruf u. Wohnort gleich, ohne Kapitalbedarf, kein Risiko, auch als Nebenverdienst geeign. Einkomm. monatl. 500 Mk. Nur strebs. Leute werd. angestellt. Ausk. kostenl. u. D. 2080 befördert Daube & Co., Köln a. Rh.

---

*2256 **Edersleben a. d. Helme.**

Zum Waschen u. Glanzplätten empfiehlt sich Frau Ida Sebastian

---

VOLKSPARK

Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft. Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter

Mittagstisch

von 50 Pfg. an. f.

Die besten Preise

für Lumpen, Knochen, Alteisen, Metalle jed. Art, alte Zeitungen,

6285 Journale ꝛc. zahlt

A. Samuel, Alter Markt 7.

Abbruch!

Neue Promenade 12, Hof

wegen Räumung des Platzes sofort zu verkaufen: Latten, Töpferziegel, Bretter, **Brennholz,** Haustüren, Korridor-Verschlüsse u. versch. mehr.

G. Lindner. *2248

Plüschgarnitur,

ein Vertiko, Kleiderschrank, Spiegel mit Schränkchen, Steg-Ausziehtisch, Stühle, Muschel-Bettstelle, Küchen-Einrichtung verkauft

Friedrich Pelleke,

6277 Geiststr. 25.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Morgen u. jed. Dienstag

2405 Schlachtefest.

Joh. Fischer,

Große Gosenstraße 39.

Jeden Dienstag

Schlachte-Fest.

2406 **O. Grabaum,**

Mansfelderstraße 3.

Morgen, Dienstag

Schlachtefest.

O. Knoche, *2258

Robert Franzstr. 7.

Junger, deutscher

Schäferhund (Hündin)

am Montag abend mit Steuermarke entlaufen. Wiederbringer erh. Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt! *2257

O. Keller, Schillerstr. 45.

Bei telephonischen Anfragen usw.

welche die Inseraten-Annahme oder die Expedition, Druckerei des Volksblattes sowie die Volksbuchhandlung betreffen, ist **nur** die Fernsprechnummer

1047

zu benutzen.

Wer dagegen mit der Redaktion des Volksblattes sprechen will, benutze **nur** die Fernsprechnummer

338.

Apollo-Theater.

Die tollste aller Burlesken

das Zugstück der Saison im „Trianontheater", Berlin:

Mein Baby

Burleske in einem Akt von **Margaret Mayo;** bearbeitet und in Szene gesetzt von **Alfred Halm,**

mit **Ida Frey** v. Trianontheater, Berlin, i. d. Hauptrolle.

In Berlin **hunderte von Aufführungen!**

Der größte Lacherfolg der Saison!

Außerdem ein erstklassiger Spezialitätenteil:

Toni Rawetl, Konzertsängerin. 6280

Yvonne et Erik, Elastik-Akt vornehmsten Genres.

4 Silvanas, akrobatische Tanz-Neuheiten.

Mme. Anonyma, Deutschlands einzige Ventroloquistin.

Anfang 8 Uhr. Gewöhnl. Preise! Ende gegen 11 Uhr.

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: Geh. Hofrat M. Richards

Dienstag den 18. Februar 1913:

160. Abonnem.-Vorst. 4. Viertel

Novität! Zum 3. Male: Novität!

Der gutsitzende Frack.

Komödie in 4 Akten von Gabriel Drégely.

Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr.

6278 Ende 9¾ Uhr.

Mittwoch d. 19. Februar 1913:

161. Abonnem.-Vorst. 1. Viertel.

Schülerkarten Mk. 1.30 (einschl. städt. Billettsteuer u. Garderobegeld) an der Tages- u. Abendkasse.

Romeo und Julia.

Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.

Zander, Gr. Klausstraße 12.

*722 Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Wohnungs-Anzeigen

Zum 1. März cr. sucht junge, anst. Dame **möbliertes Zimmer** mit voller Pension. Offerten mit Preis u. **V. H. 217** an die Exped. ds. Bl. erb. *2244

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes, sage ich allen denen, die seinen Sarg so reichlich mit Blumen schmückten, meinen herzlichsten Dank. Insbesondere vielen Dank Herrn Pastor Kunitz für seine trostreiche Grabrede, sowie auch seinen werten Kollegen und Vorgesetzten, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten.

Die trauernde Witwe

Emilie Geithner

nebst Kindern. 6276

Ansichts-Postkarten

empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 14. Febr.

Aufgeboten: Arbeiter Hertel u. Anna Neubert (Schützenstr. 16 u. Gnölbzig). Ingenieur Preckel u. Fernandina Zumloh (Forsterstraße 51 u. Teigie). Oberlehrer Dr. phil. Pfannkuche u. Elsbeth Fieltz (Magdeburg und Freimfelderstr. 7a). Leutnant Wittstein u. Margarete Pursche (Berlin u. Merseburgerstr. 158). Maschinenwärter Hahn u. Christiane Andrae (Jeßnitz u. Halle). Bäcker Just u. H. Helm (Halle u. Berlin-Schöneberg).

Eheschließungen: Mühlenbau-Monteur Köcher u. Minna Knauth (Sangerhausen u. Kl. Ulrichstr. 14). Oekonomie-Verwalter Schilling und Klara Scheibe (Auleben und Meckelstraße 14). Geschirrführer Heyer u. Anna Wolf (Etzelrode u. Liliensttr. 7).

Geboren: Schutzmann a. D. Thate aus Gerbstädt S. (Klinik). Schlosser Keller S. (Wolfstr. 22). Verst. Arbeiter Raspe T. (Schmiedstraße 32). Tapezierer Worm S. (Schloßberg 4). Schuhmachermstr. Egger Tocht. (Bertramstraße 16). Arbeiter Schmidt S. (Delitzscherstraße 14). Reichsbankbeamten Rößler S. (Niemeyerstraße 1).

Gestorben: Hilfsschaffn. Miatke S., totgeb. (Thüringerstraße 27). Witwe Müller geb. Stepf, 76 J. (Beesenerstraße 10). Arbeiters Geiser T., 9 Mon. (Bruckdorferstraße 9). Barbierlehrling Bauer aus Frankenhausen, 16 J. (Klinik). Kranzbinderin Günther, 71 J. (Taubenstraße 3). Zimmermann Albrecht aus Braunsdorf, 53 J. (Bergmannstrost). Witwe Aehle geb. Paringer, 59 J. (Beesenerstraße 10).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 8a) 15. Februar.

Aufgeboten: Schlosser Boerner und Elsbeth Brüning (Triftstr. 28 und Königsberg 1b).

Eheschließung: Obermaschinenmeister Behre u. Amanda Lauenroth (Dresden u. Geiststraße 16).

Geboren: Tapezierer Busch S. (Bernburgerstraße 14).

Gestorben: Wiegemeister Bierschenk, 57 J. (Trothaerstraße 40). Ida Keßler aus Gröbers, 68 J. (Diakonissenhaus). Arbeiters Kleppel Ehefrau Anna geborene Brode, 3 J. (Wilhelmstraße 16).

Vor dem Umzug!

Extra billige Preise für: Kostüme — Mäntel — Kleider — Blusen Röcke und Konfirmanden-Sachen

Man sehe unsere Fenster!

Loewendahls.

6267

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 41 — Halle (Saale), Dienstag den 18. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Der Balkankrieg.

Einem amtlichen türkischen Kriegsbericht ist zu entnehmen, daß vor Gallipoli und Bulair und an der Tschataldschalinie keine Aenderung eingetreten ist. Der Feind ist damit beschäftigt, die Höhen im Westen von Karadschaköj und Akalan zu befestigen, um den Vormarsch der türkischen Truppen aufzuhalten. — Auch vor Adrianopel soll sich nichts Bemerkenswertes ereignet haben.

Während so auf dem Kriegsschauplatze alles so ziemlich beim Alten ist, hat sich die internationale Lage wieder verschärft. Dazu trägt erstens das noch sehr gespannte rumänisch-bulgarische Verhältnis bei, das die Möglichkeit eines neuen Kriegs noch immer in sich birgt. Weiter macht die Lösung der albanischen Frage den Botschaftern nicht geringe Schwierigkeiten. Hier berühren sich besonders österreichische Interessen mit denen Italiens. Die Montenegriner, die bereits so schwere Opfer gebracht haben, um in den Besitz Skutaris zu gelangen, beanspruchen die Stadt unter allen Umständen für sich. Sie werden dabei von Italien unterstützt, während Oesterreich-Ungarn darauf besteht, daß Skutari zu Albanien kommt. Die Norddeutsche Allgemeine Ztg. vermag aber nicht zu glauben, daß die albanische Frage zu neuen Verwicklungen und Konflikten unter den Mächten führen wird. „Die Bedenklichkeit der mit der Abgrenzung Albaniens verknüpften Fragen scheint, so meint sie, in einem Teil der europäischen Presse überschätzt zu werden. Gewiß ist über manche Punkte die erforderliche Einigung Europas noch nicht herbeigeführt; es wird aber nicht ohne Aussicht auf Gelingen an einem Ausgleich der Interessen gearbeitet."

Hoffentlich behält diese optimistische Auffassung recht.

Die Haltung der Mächte

zu dem Friedensersuchen der Türkei ist der Nordd. Allgem. Ztg. zufolge unverändert die alte. „Die Mächte bleiben aber bereit, jeden geeigneten Anlaß zu vermittelnden Schritten zu ergreifen. Auch in den Schwierigkeiten, die wegen der Wünsche Rumäniens an Bulgarien noch bestehen, haben die Mächte in freundschaftlichen Ratschlägen ihr Interesse an einem günstigen Ausgang der in Sofia neu begonnenen Unterhandlungen bereits kundgegeben und setzen ernstliche Bemühungen fort, um einem ergebnislosen Abbruch dieser Besprechungen vorzubeugen."

London, 15. Februar. Wie das Reutersche Bureau aus diplomatischen Kreisen erfährt, beschäftigte sich die Botschafterkonferenz gestern hauptsächlich mit dem letzten Vorschlag der Türkei betreffend eine Intervention der Mächte und erörterte auch die rumänisch-bulgarischen Beziehungen. Man soll beabsichtigen, Ratschläge zur Mäßigung in Sofia und Bukarest in bezug auf die Lösung der gegenwärtig zwischen den beiden Regierungen besprochenen Fragen zu erteilen.

Kämpfe an der Tschataldschalinie.

Konstantinopel, 16. Februar. Amtlich wird gemeldet: Die osmanischen Aufklärungstruppen bei Tschataldscha setzen ihre Tätigkeit fort. Eine Detachement des türkischen linken Flügels rückte von Surgunköj zwischen Silivri und Kadiköj vor und zwang den Feind, auf Haradschi-Tschiftlik zurückzugehen. Bulgaren und Serben, etwa 50 000 Man stark, sollen wiederholt Stürme auf Bulair unternommen haben; die Angriffe wurden jedoch siegreich abgeschlagen. Die Bulgaren hatten angeblich 4000 Tote und Verwundete. Ein Freiwilligenkorps ist von Kalikratia an der Marmarakküste entlang über Kumburgas, Jales Eksfasteros und Pigados nach Silivri marschiert und stieß in den Weinbergen von Silivri auf den Feind, der zurückgeworfen wurde. (?) Die Türken erbeuteten vier Geschütze.

Schutz der Fremden in Adrianopel.

Wegen der Fremden in Adrianopel ist beschlossen worden, daß den Konsuln und jenen Ausländern, welche die Stadt verlassen wollen, die Möglichkeit dazu geboten werden soll, sobald eine Liste mit den Namen derjenigen Personen überreicht sein wird, die das Recht haben, als Ausländer die Stadt zu verlassen.

Kreta — griechisch.

Athen, 15. Februar. Wie aus Kanea gemeldet wird, begab sich der Kommandant des englischen Kriegsschiffes Yarmouth, bevor er die Suda-Bai verließ, mit einer Kompagnie Seesoldaten an Land, ließ die Flaggen der Schutzmächte und die türkische Flagge unter militärischen Ehrenbezeugungen einziehen und die Flaggen nach den betreffenden Konsulaten und die türkische Flagge nach dem deutschen Konsulat bringen. Unmittelbar danach wurde an Stelle der türkischen Flagge die griechische gehißt. Der Generalgouverneur von Kreta Dragumis und eine zahlreiche Menge begaben sich nach der Suda-Bai. Die Begeisterung der Kreter ist unbeschreiblich.

Erhebung der Albaner.

Wien, 16. Februar. In den letzten Wochen hat die militärische Leitung der provisorischen Regierung Albaniens, die Issa Boljstinatz untersteht, die Ausrüstung einer großen Anzahl irregulärer Mannschaften durchgeführt, die in Banden von 200 und 300 Mann eingeteilt wurden, um nach einem bestimmten Plan gegen die fremden Okkupationstruppen vorzugehen. Zu Beginn des Frühjahrs soll eine allgemeine Aktion zu Ende geführt sein, um eine etwa nötige militärische Befreiung des Landes durchzuführen. Es kam bereits an zahlreichen Punkten zu Gefechten. Der Kommandant der serbischen Garnison von Monastir hat dringend um Verstärkung, worauf 8000 Mann in Eilmärschen abgingen, um gegen die Albanier vorzugehen.

Die Cholera.

Konstantinopel, 14. Februar. In Kartal, in der Nähe von Konstantinopel am Marmarameer gelegen, ist die Cholera ausgebrochen. Es wurden bereits zahlreiche Erkrankungen festgestellt.

Das ist Klassenjustiz!

In der Sonnabendsitzung des preußischen Dreiklassenhauses kam bei Beratung des Justizetats auch die Sozialdemokratie zu Wort.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Gegensatz zwischen der Justizdebatte des Reichstages und dieser hier ist auffallend. Hier wird nur über Beamtenfragen gesprochen, als ob die Justiz nur eine Versorgungsanstalt für die herrschenden Klassen wäre, kaum ein Wort darüber, **wie das Volk bei unserer Justiz fährt**, ob und wie ihre Grundlagen zu ändern wären. Der Wunschzettel des Abg. Zimmer für die Richter ist fast länger, als das sozialdemokratische Parteiprogramm mit all seinen Forderungen an den Gegenwartsstaat. (Sehr gut! b. d. Soz.) **Er verlangte höheren Lohn** für die treue Pflichterfüllung, sonst zöge Unzufriedenheit und Mißmut auch bei den Richtern ein. Also, nicht bloß vaterländischer Idealismus, wohl aber Unzufriedenheit, die die Agrarier und die herrschenden Klassen immer äußern dürfen, die aber bei den breiten Massen unterdrückt werden sollen. — Eine Reform des Disziplinarverfahrens der Richter ist unentbehrlich, denn das jetzige garantiert nicht einmal das geringe Maß von Unabhängigkeit, das der Richter heute haben soll. Unser Standpunkt zur Frage der Mitwirkung der Laien in der Rechtspflege ist allbekannt, ich brauche darüber nicht zu sprechen. Bei der Erörterung der Juristenausbildung habe ich aber vermißt die Frage, wie sie zu sozialer und politischer Vorurteilslosigkeit und Rückgratsfestigkeit erzogen werden sollen. Hat doch der Minister des Innern im vergangenen Jahr jene Beamten, die beim geheimen Wahlrecht für die Sozialdemokratie eingetreten sind, Lügner, Heuchler und Eidbrecher genannt — und ein preußisches Gericht hat einen preußischen Bürger wegen Beleidigung verurteilt weil er einem Beamten eine schriftliche Aufforderung zugestellt hatte, sozialdemokratisch zu wählen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nicht einen Tag würde ein Sozialdemokrat, der als solcher bekannt wäre, unter den preußischen Richtern geduldet, mit der Hungerpeitsche wird ihnen beigebracht, daß

die Sozialdemokratie an sich etwas Verbrecherisches,

Minderwertiges ist. Wie kann ein solcher Richter Sozialdemokraten gegenüber objektiv urteilen? Er ist ein gesiffentlich geformtes

Instrument der Klassenherrschaft,

die mit Terrorismus gegen die Volksmassen, wie gegen die Beamten ausgeübt wird. Mimosenhaft empfindlich ist man gegen jede unbequeme politische Gesinnung in der Richterschaft, aber Richter, die mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen und wegen Duelle bestraft sind, dürfen weiter urteilen. Ich bin nicht gegen diese Weitherzigkeit, aber **wie kleinlich engherzig ist man in bezug auf die politische Gesinnung der Richter!** — Wir wissen, daß die Unabhängigkeit der Richter heute ein leerer Wahn ist, daß der preußische Staat eine wirkliche

Unabhängigkeit der Richter nicht ertragen

könnte, deshalb wenden wir uns auch gegen den sog. numerus clausus bei der Anwaltschaft, der der Justizverwaltung schließlich ein Wort mitzusprechen gestatten würde. Wir sehen in der Advokatur eine der wichtigsten Errungenschaften einer geordneten Rechtspflege. — In unserem Volk wird in politischen und sozialpolitischen Dingen, leider oft mit Recht, die Justiz betrachtet als ein Machtmittel des Staates nicht zur Verwirklichung einer höchsten Gerechtigkeit, sondern des Staatszwecks und nicht in dem edelsten Sinn des Gemeinschaftszwecks, sondern in dem den jeweils herrschenden Klassen genehmen Sinn. Im Reichstag ist das reichste Material hierüber von unseren Rednern, aber auch von denen anderer Parteien vorgebracht worden. Wie kleinlich kämpft die Justiz häufig gegen uns! Lethhin bezeichnete **ein Staatsanwalt einen sozialdemokratischen Redakteur als einen Menschen, der das Beleidigen als Gewerbe betreibe** und ein Parteiangestellter der Sozialdemokratie wurde wegen Beleidigung verurteilt, weil er nicht widersprach, als ein anderer eine Beleidigung aussprach. (Man hat also den zivilrechtlichen Gesichtspunkt „wer schweigt, stimmt zu" auf das Strafrecht übertragen! (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein echtes Breslauer Urteil war das, wodurch ein sozialdemokratischer Wahlkontrolleur, der zur Sicherung des Wahlgeheimnisses die Wahlurne schüttelte, zu vier Monaten und vier andere zu je einem Monat verurteilt wurden (hört, hört! b. d. Soz.), während in ein bis zwei Fällen verständige Richter anderwärts anerkannten, daß eine Art Notstand vorliege und freisprachen. Und ich selbst ein Urteil erlangte, das auf 10 Mk. Geldstrafe lautete.

Die Unfähigkeit mancher Richter, sich in die Denk- und Sprechweise der unteren Volksschichten hineinzuversetzen, steigert sich jedesmal bei heftigen Konflikten politischer oder sozialer Art dazu, daß **die Justiz als Nachrichter zu den Wunden, die der Polizeiknüppel und Polizeirevolver zugefügt haben,** neue Wunden schlägt; die aber werden nicht als Urteile, sondern immer als Wunden empfunden! Die Schnellfeuerjustiz im Ruhrrevier ist kein Ruhmesblatt der preußischen Justiz. Bei etwas tieferem Eindringen erkennt man, die falsch die Auffassung ist, daß die 2000 Anklagen des Terrorismus und die Verfündigungen der kämpfenden Bergarbeiter bewiesen. Das ganze Verfahren mit der Verführung der Angeklagten, auf die prozeßrechtlichen Fristen zu verzichten und mit dem gesetzwidrigen Mißbrauch der Untersuchungshaft zu einem Mittel der Rache habe ich im vorigen Jahre gebrandmarkt. Jetzt läßt sich das Gesamtergebnis dieser „Arbeit" übersehen. Ich bin genügend vom Bau, um zu wissen, **wie oft Richter „ein Exempel statuieren" wollen, statt nur Gerechtigkeit zu üben.** Die ganze Ruhrrevierjustiz wird nicht vergessen werden, dessen können Sie versichert sein! Das Landgericht Dortmund mußte ja einen Amtsrichter, der wegen des einen Wortes „Streikbrecher" ofimals Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Wochen verhängte, die Ohrfeige verfehen, seine Urteile zurückzuverweisen, weil man nicht Strafurteile durch Formulare fällen darf! (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Frau, die der Frau eines Streikbrechers Kartoffeln gezeigt hatte, wurde zu drei Wochen verurteilt, weil sie damit hätte sagen wollen: „Wir haben noch etwas zu essen, aber ihr Hungerleider nicht!" Da reißt nicht nur ein Geduldsfaden, da müßte er schon fauststark sein.

Auf Grund einer zentralen Anweisung werden jetzt alle Arbeitervereine, deren Zweck irgendwie in der Richtung der Jugendpflege liegt, als politisch erklärt, sogar Arbeiterjugendheimvereine, die der Polizei keinerlei Anlaß zum Einschreiten gaben. Uns beweist dieses Vorgehen, wie wenig Vertrauen Sie darein setzen, durch Ihre Jugendpflege, die

aus dem Proletariat selbst hervorgewachsene Jugendpflege

umzubringen. Sie müssen dazu zu ungesetzlichem Ausnahmerecht greifen und enthüllen das zweierlei Maß in unserer Justiz. Indessen fallen vorläufig noch die Staatsanwaltschaften häufig wegen ihrer Gesetzesunkenntnis herein! (Hitt. b. d Soz.) Das Reichsgericht, das früher immer die Rechte der Schulaufsichtsbehörden auf die Jugendlichen, die noch schul- oder ersatzschulpflichtig sind, beschränkt hatte, ist nun dem Willen des preußischen Kultusministers gefolgt und hat die Schulaufsicht erstreckt auf alle, die sich in schutzbedürftigem Alter befinden, d. h. also in Preußen: **von der Wiege bis zum Grabe!** (Lebh. Hitt. links.) Das ist unsere unabhängige ideale Gerechtigkeitspflege! Die Richter können sich vielfach dem engherzigen Fanatismus der Herrschenden gegen uns nicht entziehen, selbst wenn sie sich die größte Mühe geben. Aber man kann auf der andern Seite auch sehr milde sein und man hat den Zuruf: „Du dummes Schaf" als straffrei erklärt, weil er aus edlen Motiven hervorgegangen sei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wollten unsere Richter edle Motive immer anerkennen, so hätte ein großer Teil der Ruhrstreikprozesse mit Freisprechung enden müssen! (Sehr gut! b. d. Soz.) Die von mir vorgebrachten Fälle sind Symptome.

Was ist Klassenjustiz?

Ich habe niemals der Allgemeinheit der Richter Klassenjustiz im schlimmsten Sinne vorgeworfen, sondern oft anerkannt, daß sehr viele sich große Mühe geben, sie nicht zu üben. Aber die Umstände, die die Klassenjustiz bewirken, sind stärker, als die Menschen. Jedenfalls kann unsere Darstellung gutgläubig nicht mehr mißverstanden werden. Das Landgericht Essen hat in dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt Levy den Vorwurf der Klassenjustiz als den der bewußten Rechtsbeugung gedeutet, das Landgericht Duisburg aber letzthin schon anerkannt, daß dieser Vorwurf neuerdings nicht mehr so aufzufassen sei, aber der Angeklagte hätte damit rechnen müssen, daß die Zuhörer oder Leser diesen Vorwurf noch in dem früheren Sinne verstehen würden — Dolus eventualis! Die Sozialdemokratie hat die Klassenjustiz stets in diesem, angeblich neueren Sinn definiert. **Viele Richter fassen ihre Klasseninteressen, die der besitzenden Klasse, als die der Allgemeinheit und des Staates auf!** Ich erinnere an die Worte von Avenarius, Landgerichtsdirektor Heinze-Dresden und Reichsgerichtsrat Mittelstädt, die unsere Behauptung bestätigen. Und der Abg. Haarmann hat im vergangenen Jahre als ganz selbstverständlich erklärt, daß die Richter energisch eingreifen und dafür sorgen, daß Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten und alle staatsfeindlichen Bestrebungen zurückgedämmt werden. (Hört, hört! bei den Soz. — Sehr richtig! bei der Mehrheit.) **Also nicht reine Gerechtigkeit, sondern Staatsraison!** Mit der Berufung auf die Staatsraison läßt sich jeder Mißbrauch rechtfertigen. Man könnte uns fragen: warum kämpft Ihr gegen die Klassenjustiz, die Ihr als eine Folge der sozialen Zustände erklärt? Aber unsere Anklagen sollen das Gewissen der Richter schärfen. Einmal können die Richter durch Selbstprüfung ihre Vorurteile zurückdämmen. Soweit sie nicht Klassenjustiz üben wollen, können unsere Predigten nützen. Wir sind Optimisten! Wir klagen aber auch die

Klassenjustiz als Werkzeug und Folge unseres Staates

an, um die Zahl begeisterter Kämpfer gegen die Klassenherrschaft zu stärken. Man könnte die Begrenztheit der Erkenntnis der Richter bekämpfen! Würde der Minister die Richter mahnen, so zu richten, wie sie gerichtet zu werden wünschten, lieber noch, einmal zu milde, als ungerecht, dann könnte vieles gebessert werden. Aber die Justizverwaltung soll das nicht. **Die Justizverwaltung will nicht Gerechtigkeit um ihrer selbst willen und sie läßt nur Mahnungen zur Schärfe gegen die Arbeiterbewegung ergehen.** Aber diese Hetze wird eine andere Wirkung haben, als Sie glauben. Dieses ganze Geschrei über den Terrorismus der Sozialdemokratie wird von uns nicht ernst genommen, denn es geht aus von den Vertretern **eines Staates, dessen ganzes Wesen auf dem Terrorismus aufgebaut ist, der ohne den Terrorismus überhaupt nicht bestehen kann.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem wagt er es, die Justiz scharf zu machen gegen die Gewerkschaften, damit sie noch mehr als bisher als

politisches Instrument des Unternehmertums

in den sozialen Kämpfen dient. (Zuruf im Zentum: Sie hetzen!) Wir hetzen nicht, wir wehren uns nur, aber wir haben alle Veranlassung, uns mit Händen und Füßen zu wehren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Terrorismus der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie es wagt, sich zur Wehr zu setzen und das ist Ihnen unangenehm. Ich verweise auf den Streikbrechermord in Burg, der mit der Freisprechung des Mörders endete. Das ist nach Ihrem Herzen! **Wenn der Bube in Wien freigesprochen würde, das wäre Ihnen angenehm.** Man sehe sich nur an, wie gerade die Zentemspresse und vor allem die Germania den Mord in Wien ausschlachtet, um den Terrorismus der Sozialdemokratie zu beweisen. (Abg. Hoffmann: Es ist ein Skandal!) Diese Hetze ist allerdings nicht mehr mit einem parlamentarischen Ausdruck zu charakterisieren. Ein bitterböses Wort Glatzbrenners heißt: „Gepriesen sei die Gerechtigkeit, es gibt aber auch Justiz." Dieses Wort kann noch heute in weitem Umfange für unsere Rechtspflege als Motto dienen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Einige Fragen an den Minister: Ist ihm bekannt, daß der Bund der Landwirte in das Vereinsregister eingetragen worden ist, obwohl nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken in das Vereinsregister nicht eingetragen werden dürfen? Ist ihm weiter bekannt, daß im Gegensatz dazu ärztliche Vereinigungen nicht eingetragen worden sind, obwohl sie keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgen? (Hört, hört! links.) Diese Eintragung ist abgelehnt worden nach einem Einspruch des Polizeiministers, der dahin ging, die Polizeiorgane möchten gegen die Eintragung Widerspruch erheben mit der Begründung, daß diese Vereine wirtschaftliche Zwecke verfolgen. (Hört, hört! links.) Ist dem Justizminister schließlich bekannt, daß ganz in der Nähe von Berlin ein Verein Reichsdeutscher Männer, eine Filiale des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und ein ausgesprochen politischer Verein in das Vereinsregister eingetragen worden ist? (Hört, hört! links.) In geradezu systematischer Weise werden Organisationen, die sich gegen die Sozialdemokratie richten, als unpolitische Organisationen angesehen, obwohl sie einen ausgeprägt politischen Charakter haben. **Wenn die Polizei sich nicht an das Gesetz hält, muß wenigstens die Justiz ihre Schuldigkeit tun.** Herr v. Dallwitz hat im Reichstage für sein Eingreifen von seinem Kollegen Lisco eine nette Zensur bekommen. Herr Lisco sagte: „Die Auffassung des Ministers des Innern mag falsch sein, aber sie ist immerhin juristisch." (Hört, hört! und Heiterkeit links.) **Die Zahl der Strafen in Deutschland ist gewaltig.** Die Forderungen nach Strafökonomie sollten von den Behörden beherzigt werden. Traurig ist es, daß

jeder sechste erwachsene Deutsche einmal bestraft

ist. Unsere Justizverwaltung sollte alles tun, um die Strafsucht einzudämmen. Sie sollte sich weniger mit der sozialdemokratischen Presse befassen und auch sonst gibt es viele Gelegenheiten, um die Zahl der Strafverfolgungen zu verringern. Die Justiz, wie sie heute ist, ist ihrem ganzen Wesen nach nichts Vorbeugendes, sie bedeutet ein Herumdoktern an sozialen Krankheitserscheinungen, ohne sie heilen zu können. Wenn die Justiz mehr tun will, als ein solches Herumdoktern, dann muß die Strafvollstreckung dazu benutzt werden, um die Sünden des wirtschaftlichen und sozialen Lebens gut zu machen. Die Justizbehörden müssen sich auch darum kümmern,

was aus den Familien der Gefangenen wird,

und was aus den Gefangenen selbst wird, wenn sie aus dem Gefängnisse herauskommen. Die Fürsorgevereine für entlassene Strafgefangene sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der kleinliche Gedanke der Rache beherrscht immer noch unsere Strafvollstreckung. Gewiß, Strafe soll sein. Aber wie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0005

man Kinder nicht bestraft, um sich an ihnen zu rächen, so soll auch die Bestrafung Erwachsener nicht dem Gefühl der Rache entspringen. Die beste Justiz ist nicht die Gerichtsgerechtigkeit, die beste Justiz ist die soziale und politische Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Justizminister Beseler: Wir sind es ja gewöhnt, daß der Abgeordnete Liebknecht schwere Angriffe gegen die Justizverwaltung richtet. Auch heute hat er das wieder getan. Über mit den Verurteilungen aus Anlaß des Ruhrstreiks ist die Mehrheit des Hauses durchaus einverstanden. (Sehr richtig! rechts.) Die Behauptung, daß ein Druck auf die Richter ausgeübt wird, die sozialdemokratischen Bestrebungen zu bekämpfen, ist unerhört. Der Richter tut unparteiisch nach bestem Wissen seine Pflicht. (Beifall.) Wenn der Abgeordnete Liebknecht von Vorurteilen spricht, so möge er selbst mal in sich gehen und sich sagen, ob er selbst frei von Vorurteilen ist. In dem von ihm erwähnten Fall, in dem eine Frau mit ihrem Säugling zusammen eingesperrt wurde, ist das Kind durch die mütterliche Pflege vielleicht besser gefahren, als wenn es daheim geblieben wäre. Ein Strafaufschub war nicht angängig. Es ist richtig, daß auf Veranlassung des Ministers des Innern ärztlichen Vereinen die Eintragung in das Vereinsregister versagt worden ist. Jeder Staatsbürger hat nach dem Gesetz das Recht, gegen eine Eintragung Einspruch zu erheben. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Minister des Innern schlechter gestellt sein soll, als jeder andere Staatsbürger. (Beifall rechts, Lachen links.)

Das Haus vertagt sich.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedsspruch im Holzgewerbe

ist von den Holzindustriellen Groß-Berlins nun auch mit großer Mehrheit angenommen worden, nur der Verein der Drechslermeister stimmte dagegen. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse haben die Unternehmervereinigungen in 22 kleineren Städten sich gegen den Schiedsspruch erklärt, in 29 größeren Städten dagegen haben sie dem Schiedsspruch zugestimmt. Es wird daraus geschlußfolgert, daß die Aussperrung nicht erfolgen werde. Bemerkt sei, daß eine offizielle Erklärung des Unternehmerverbandes weder über das Abstimmungsresultat noch über die Stellung zur Aussperrung bis jetzt vorliegt. Die Holzarbeiter haben nach bis jetzt vorliegenden Mitteilungen mit wenigen Ausnahmen den Schiedsspruch angenommen.

Aus Leipzig wird berichtet, daß sowohl die Holzarbeiter als auch die Unternehmer den Schiedsspruch annahmen. Die Holzarbeiter stimmten in zwei großen, überfüllten und polizeilich abgesperrten Versammlungen mit erheblicher Majorität dafür. Von etwa 4500 Abstimmenden — 800 Mann hatten keinen Einlaß gefunden — waren 400 Stimmen gegen die Annahme des Schiedsspruches. Die Unternehmer nahmen den Spruch gegen eine starke Minderheit an. Die Leipziger Hirsche, die mit ausgerechnet drei Dutzend Mann in Betracht kommen, protestierten in einer gleichzeitig abgehaltenen Versammlung gegen die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises. Die örtlichen Verhandlungen haben am Freitag begonnen und werden am Montag fortgeführt. Vertragsdauer, Lohnerhöhung und Arbeitsnachweis scheiden dabei als erledigt aus.

Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.

Vom 10. bis 15. d. M. fanden in Dresden unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz-Berlin, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner-München und Ratsfyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M. die Tarifverhandlungen für das Schneidergewerbe statt. Gekündigt waren von den Gehilfenverbänden die Tarife für 51 Orte; davon hatten sich acht Orte geeinigt, so daß die Unparteiischen über 43 Ortstarife zu entscheiden hatten. Zunächst bestand zwischen den Parteien eine verschiedene Auffassung darüber, ob auf Grund des bestehenden Vertrages zulässig sei, die Tarife bis zum 1. März 1916, dem Termin des Inkrafttretens des Reichstarifvertrags, abzuschließen, wie es die Unternehmer verlangten. Die Unparteiischen entschieden dahin, daß auf Grund des bestehenden Vertrages eine Bindung der Parteien an eine bestimmte Zeitdauer nicht erfolgen könne, erklärten aber, daß sie bei Festsetzung der neuen Arbeitsbedingungen von der Annahme einer bestimmten Zeitdauer ausgehen müssen.

Auf Vorschlag der Unparteiischen wurde dann zunächst die Frage des Zuschlages für Heimarbeiter und der Lieferung von Nähutaten behandelt. Es wird den Unternehmern empfohlen, überall Betriebswerkstätten einzuführen, wo die Verhältnisse es einigermaßen zulassen. Die Unparteiischen haben die Ueberzeugung gewonnen, daß in dieser Frage die eingelnen persönlichen und örtlichen Verhältnisse eine derartige Rolle spielen, daß ein allgemeiner Zwang zur Errichtung von Betriebswerkstätten nicht ausgesprochen werden kann. Es wird den örtlichen Organisationen überlassen bleiben müssen, vom Fall zu Fall die Frage zu prüfen, wobei ihnen jedoch aufzugeben ist, in Erfüllung der örtlichen Vereinbarungen die Errichtung von Betriebswerkstätten mit allen möglichen Mitteln zu fordern.

Lohnerhöhungen beantragten die Unparteiischen auch für eine ganze Reihe Städte. Die Unparteiischen begründeten ihren Schiedsspruch mit dem Hinweis auf die wesentliche Preiserhöhung für Lebensmittel und Wohnungen. Dies werde ja auch von Unternehmerseite dadurch anerkannt, daß fast durchweg Lohnerhöhungsangebote gemacht sind. Diese Angebote erschienen jedoch den Unparteiischen zu gering. Andererseits übersteigen aber die Forderungen der Arbeiter das Maß, welches zu einem gerechten und billigen Ausgleich erforderlich sei. Jede Verschlechterung gilt nach dem Schiedsspruch als ausgeschlossen.

Bezüglich der Arbeitszeit erging folgender Schiedsspruch: Die Arbeitszeit wird, soweit sie zehn Stunden übersteigt, auf zehn Stunden herabgesetzt. Jegliche Art der Verlängerung der Arbeitszeit ist unzulässig. Im übrigen wird eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. Bei der Arbeitszeit handelt es sich vor allem darum, ob für die ausfallende Zeit ein entsprechender Lohnausgleich zu gewähren sei oder ob die Arbeiterschaft den Ausfall selbst zu tragen habe. Den letzteren Standpunkt vertreten für den Fall, daß eine Arbeitszeitverkürzung an und für sich durchführbar wäre, die Unternehmer. Unter dieser Voraussetzung bedeutet die Arbeitszeitverkürzung einen beträchtlichen Lohnausfall der Arbeiter. Dies kann bei der gegenwärtig anerkannten allgemeinen Teuerung nicht im Interesse der Arbeiterschaft gelegen sein. Im Falle aber die Arbeiterschaft den Ausgleich zu tragen hätte, würde hierdurch eine Aufhebung und eine wesentliche Herabminderung der zugebilligten Lohnerhöhungen hervorgerufen werden. Damit aber würde der von den Unparteiischen durch Bewilligung von Lohnerhöhungen in erster Linie verfolgte Zweck, tunlichsten Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung zu schaffen, wieder hin-

Deutscher Reichstag.

113. Sitzung: Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke.

Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt.

Abg. Dunajski (Pole, auf der Tribüne unverständlich) scheint sich über Schikanen bei der Bestellung von Briefen mit polnischer Adresse zu beschweren, und wendet sich gegen die Ostmarkenzulage.

Abg. Wendel (Soz.):

Die Aufgaben der Post sind in allen Staats- und Gesellschaftsformen die gleichen; zwischen dem ägyptischen Botenläufer vor mehreren Jahrtausenden und dem Marconitelegraphisten unserer Tage besteht im wesentlichen nur ein Gradunterschied. Auch wenn an der Stelle des Mannes, der keinen Sozialdemokraten im Postbetriebe dulden will, ein Sozialdemokrat sitzen wird, wird die Post den gleichen Zwecken dienen. Als Sozialdemokraten bewähren wir uns auf dem Gebiete der Postverwaltung, indem wir auch hier für den Fortschritt eintreten, indem wir uns für alle Verbesserungen des Verkehrs einsetzen ebenso für bessere Existenzbedingungen der Postangestellten. Nun hat die Kommission für die Postbeamten ja etwas eingesetzt; die Regierung aber nimmt dazu einen durchaus negativen Standpunkt ein. Der Schatzsekretär hat staatsrechtliche Kütteleien dagegen vorgebracht, von denen die Beamten nicht satt werden. Er hat den Reichstag auf den Weg der Resolution verwiesen. Aber das machen wir nicht mit, man könnte von einem horror vacui sprechen, einem Schauder vor dem Papierkorb. Auch wäre das nur eine Vertagung, wenn die Parteien konsequent bleiben, wird die Regierung nachgehen müssen und die Beamten kommen zu ihrem Recht und zu ihrer Zulage. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ueber Beamtenfragen will ich nicht weiter sprechen, nur eine Bemerkung will ich nicht unterdrücken: in diesen Zeiten der Teuerung sind die Beamten weniger als je von der Knauserigkeit des Chefs der Verwaltung entzückt. Sie scheinen aber nicht zu fühlen, daß Herr Kraetke keinen besseren Bundesgenossen hat, als die mangelnde Aktivität der Beamten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von deutschen Beamten soll man nicht soviel verlangen wie etwa von französischen, die sich in erster Linie als Staatsbürger fühlen. Dr. Oertel hat gestern wieder den Grundsatz ausgesprochen, daß die Beamten Staatsbürger minderen Rechts seien. Es sprach diese rechtsverächtliche Sinnesart aus seinen Ausführungen die den Konservativen ja innewohnt. Die sozialdemokratische Partei ist eine Partei wie jede andere, und wer einen Beamten wegen seiner Zugehörigkeit zu dieser Partei infamieren will, der begeht einen Verfassungsbruch, der begeht eine strafbare Handlung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Stadthagen (Soz.): Der reizt zum Meineid auf!) Ich will mildere Töne anschlagen. Denn in diesem Zusammenhang hat Herr Oertel ahnungsvoll von der Zeit gesprochen, wo ein Sozialdemokrat auf dem Stuhl des Staatssekretärs sitzen würde, und hat gemeint, auch wir würden einen politischen Gegner nicht im Amte dulden, und er hat dabei besonders auf mich exemplifiziert. Ich weiß nicht, ob ich jemals Staatssekretär werden würde, mein Ehrgeiz bewegt sich nicht in dieser Richtung. (Zuruf: Na, na! Große Heiterkeit.) Aber wenn ich jemals Staatssekretär der Postverwaltung werde, so würde ich es sehr gern sehen, wenn Herr Oertel als Postbeamter sich als nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft betätigt. Wenn er etwas anderes meint, so unterschätzt er unsere Toleranz und überschätzt seine Gefährlichkeit. Allerdings müßte er vorher seine Brauchbarkeit nachweisen. Aber es wird ja wohl von ihm bei der Prüfung nicht heißen: Gewogen und zu leicht befunden! (Schallende Heiterkeit. Vizepräsident Dr. Paasche: Wir sprechen jetzt vom gegenwärtigen Staatssekretär und nicht vom zukünftigen! Heiterkeit.) Ich erwidere nur auf Ausführungen, die Herr Oertel gestern ohne Unterbrechung hat machen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur in einem Zweig des Postdienstes, im Eilbotendienst, werden wir wohl auf die wertvolle Kraft des Herrn Oertel verzichten müssen. (Heiterkeit.)

Ich war von französischen Beamten ausgegangen. Der französische Unterstaatssekretär Chaumier hat auf einem Bankett eine Rede gehalten, wo er nach Kraetkeschem Muster die Unterbeamten gewarnt hat, ja nicht den Lockungen der bösen Sozialdemokraten zu folgen. Die französischen Unterbeamten haben in einer Versammlung den Staatssekretär Chaumier in seine Schranken zurückgewiesen. Sie führten seine Rede darauf zurück, daß die Stunde schon sehr spät und der Wein sehr gut gewesen sei. In Deutschland ist derartiges unmöglich! Hier entspricht dem Herrenbewußtsein der Herrschenden leider sehr oft ein gewisser Korporalsgeist bei den Beherrschten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt auch die Bitte der Telegraphentechniker, die den Titel als Assistenten haben wollen und die mittlere Beamtendienstkleidung. (Heiterkeit.) So lange die Beamten noch mit Titeln abgespeist sind und den bunten Rock dem Staatsbürgerrock vorziehen, kann Herr Kraetke sich ins Fäuschen lachen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Gautag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten hat der Redakteur der „Postzeitung" die Möglichkeit eines Beamtenstreiks unter anhaltendem Beifall für eine Beleidigung erklärt. Also wenn man annimmt, daß die Beamten als Männer auftreten und statt der Worte zu Taten greifen, so ist das eine Beleidigung! Es wurde dort auch ein Lied gesungen:

„Noch ringen wir und müssen weiter ringen,
Bis der Befreiung große Stunde naht;
Bis unserer Hoffnung Feierglocken klingen,
Darf nicht des Tages Kleinmut uns bezwingen.
Wir siegen noch. Im Anfang war die Tat"

Das klingt sehr wacker, fast revolutionär. Aber der Staatssekretär braucht nicht zu erschrecken. Das ist nur Poesie. In der Prosa wandelt sich das gärende Drachengift in die Milch frommer Denkart. In derselben Zeitung, in der dieses Lied steht, ist auch ein Artikel enthalten, worin es zum Schluß heißt: daß eine Arbeitseinstellung der Staatsdiener nicht nur jeder rechtlichen und ethischen Grundlage entbehren würde, sondern auch ein mißbräuchliches Mittel wäre; denn der deutsche Beamte ist nicht das Holz, aus dem man streikende Proletarier schnitzt. Jawohl, im Anfang war die Tat! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da brauchen die Beamten sich nicht wundern, daß das Wohlwollen der vorgesetzten Behörde nur sehr mild fließt. Es ist mit dem Wohlwollen wie mit dem Felsen, woraus Aron Wasser hervorschlug. (Zuruf: Moses! Große Heiterkeit.) Ob Moses oder Aron, dieser Erzvater hat das nicht mit Worten, Petitionen, Resolutionen getan, sondern indem er mit einem Stabe dagegen schlug, und zwar mit einem recht kräftigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In unserem Zeitalter der Maschine dringt sie in den Postbetrieb ebenso ein wie in die Industrie und verdrängt die Handarbeit. Das Neueste ist die Barfrankierungsmaschine. In Neuseeland ist sie aber bereits wieder ersetzt, indem die Postverwaltung den Geschäftsleuten Frankaturapparate gegen eine Leihgebühr überläßt. Eigentlich ist sie also schon wieder veraltet. Das Jahr 1912 wird in der Geschichte des Postwesens denkwürdig sein, weil in ihm zum erstenmal Briefe durch die Luft befördert wurden. Ich bin durchaus kein Nörgler (Heiterkeit), und gebe Herrn Oertel zu, daß die Reichspost sich mit vielem kann sehen lassen. Wir sind aber nicht mit relativ Gutem zufrieden, wir streben nach dem absolut Guten. Das Gute ist oft der Feind des Besseren. So hatte der Postmeister Nagler die Einrichtung der Schnellpost eingeführt; aber die Eisenbahn bekämpfte er, weil sie noch schneller fuhr. Auch Herr Kraetke ist ein Freund der Schnellpost; aber allem, was schneller, einfacher und besser ist, sieht er mit Argwohn und Mißtrauen gegenüber. Der „Matin" hatte, um die Posteinrichtungen verschiedener Länder zu erproben, von seinen Korrespondenten in London, Brüssel, Berlin, Paris, Rom zu einer bestimmten verabredeten Stunde ein Telegramm, eine Wertsendung aufgeben und ein Telephongespräch anmelden lassen. Die Aufnahme des Telegramms dauerte in London 30 Sekunden, in Berlin 2 Minuten 40 Sekunden, in Brüssel dauerte sie 3 Minuten. Das Ferngespräch war in Brüssel in 55 Sekunden angenommen, in Berlin, das auch hier an vorletzter Stelle stand, in 13 Minuten. Die Auslieferung der Wertsendung nahm in London 1 Minute 36 Sekunden in Anspruch, in Berlin 11 Minuten. Durch hartnäckige Beschwerden hat ein Postbeamter es erreicht, daß er vom Frühdienst befreit wurde, weil er zur Messe gehen mußte. In der Religion also scheinen wir den anderen Ländern über zu sein, in der Fixigkeit aber sind uns die anderen voran. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Reichspost wird mit allerlei Nebenaufgaben beschäftigt. So betrachtet es jetzt Herr Kraetke und seine Nachgeordneten als ihren Beruf, die Sozialdemokratie zu vernichten. Freilich nur mit dem Erfolg unfreiwilliger Komik. So hat die Postdirektion in Offenbach es den Unterbeamten untersagt, ein Weihnachtsgeschenk von 42 M. von dem Verlag der „Arbeiter-Radfahrer-Zeitung" anzunehmen. Sonst sagt man vom Geld: non olet. Dieses Geld aber schien der Postdirektion den bekannten Uebergeruch der Revolution zu haben, weil es nicht einmal von einem sozialdemokratischen, sondern von einem Arbeiterblatt kam. Der Postdirektor hatte wohl Angst, die Beamten würden durch das Geld bewogen werden, sozialdemokratisch zu wählen. Die Furcht ist unnötig, denn wahrscheinlich haben sie es schon getan oder werden es doch sicher das nächstemal tun. Ein anderes Beispiel zeigt die Postbehörde als Zensor. Gustav Doré, über dessen Bedeutung als Maler den Staatssekretär jedes Konversationslexikon belehrt (Heiterkeit), hat ein Bild: die „Marseillaise" gemalt. Eine Reproduktion desselben auf einer Postkarte wurde von der Postdirektion Metzlar als unzulässig nicht befördert. (Große Heiterkeit.) Daraus spricht der vormärzliche Geist: daß der Staatsbürger auf Schritt und Tritt gegängelt werden muß, sowohl von der Polizei wie von der Post. Aber das Aergernis kommt von oben. Wir haben ja den Fall Pechlar erlebt, dem auf 6 Monate das Telephon entzogen und schließlich gleichsam auf dem Wege der Begnadigung wieder gewährt wurde. Ich will mich nicht zu seinem Anwalt in bezug auf seine Beleidigungen der Beamten machen. Wegen solcher Beleidigungen ist er strafrechtlich verfolgbar. Die Entziehung des Telephons aber stellt eine Willkür dar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Konsequenz wäre, daß auch die Post nicht die Briefe von Herrn Müller oder Schulze befördert, wenn ihr dessen Rase nicht gefällt, oder daß ich von der Benutzung der Eisenbahn ausgeschlossen werde, wenn ich einen Eisenbahnschaffner beleidige, oder wenn ich einem städtischen Beamten zu nahe trete, so wird mir vielleicht das Gas oder die Kanalisation abgeschnitten. (Heiterkeit.) Herr Kraetke soll geäußert haben: „Diesem Rechtsanwalt gebe ich kein Telephon!" Dieser Ausspruch kennzeichnet sich als Ausfluß eines Herrenmenschentums. Wie Ludwig XIV. sagte: „Der Staat bin ich!" so sagt Herr Kraetke: „Die Post bin ich!" Herr Kraetke ist von Beruf und Herkommen der bürgerlichste aller Reichsminister; er ist nicht adlig, nicht Major bei den Gardedragonern, nicht einmal Bonner Fuchs. (Heiterkeit.) Aber diese Tat ist rein junkerlich, die Homogenität der Regierung wird damit auf das glücklichste bewahrt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die meisten Beschwerden des Publikums schiebt der Staatssekretär achtlos beiseite. So ist sicher die Beschwerde, daß die Briefmarken vielfach schlecht gummiert sind, sehr berechtigt; wenn auch der Vorwurf, daß Herr Kraetke ein schlechter Kleber sein solle. (Große Heiterkeit), wohl allgemeines Erstaunen hervorgerufen hat. Die Ueberschußwirtschaft der Post ist eigentlich eine Erpressung von indirekten Steuern, die nicht bewilligt worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Nichtigste wäre: Trennung der Post vom Staate, und Internationalisierung der Post auf einer Grundlage, die lediglich nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeitet. Der Bureaukratismus ist in unserem Postwesen ein großer Baum mit vielen Blüten. Ich erinnere nur an den Fall der Nichtaushändigung einer telegraphischen Anweisung, weil die Bezeichnung, ob Frau oder Fräulein fehlte. (Hört! hört!) Unerhört ist auch die Ablehnung der Einführung telephonischer Nachtverbindung in Freiberg mit seinen 80 000 Einwohnern. Die Ostmarkenzulage lehnen wir auch in ihrer Verbreiterung auf Elsaß und Schleswig ab. Der politische Charakter wird ihr dadurch nicht genommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich noch eine Anregung für Herrn Kraetke. Bei den geplanten Jubiläumsmarken ließe sich auf den roten 10-Pf.-Marken sehr schön das Kaiserwort: „Die Sozialdemokratie als vorübergehende Erscheinung" bildlich darstellen (Heiterkeit), und die blaue 20-Pf.-Marke könne man blau und schwarz erscheinen lassen. (Heiterkeit.) Besolgt Herr Kraetke diese Anregungen, so befestigt er sich damit aufs neue in der Gunst des Mannes, nach dessen Willen bei uns allein Minister kommen und gehen. Einge es nach dem Willen des Volkes, so säße auf dem Stuhle des Staatssekretärs längst ein anderer. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Auf die Scherze des Vorredners gehe ich nicht ein. (Bravo! rechts.) Ich protestiere aber gegen die niedrige Arte, wie er die Postbeamten einschätzt, wenn er von Leibeigenen und Sklaven spricht. Ich quittiere für diese Aeußerungen. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dove teilt mit, daß die Abstimmung über die Ostmarkenzulagen eine namentliche sein werde.

Abg. Dieß (Z.) regt Verbesserungen im Telephon- und Telegrammverkehr an. Bezüglich unserer Stellung zu den Personalfragen warf Herr Beck uns vor, früher seien andere Töne aus unseren Reihen erklungen. Wir treiben eben Realpolitik. (Lachen links.) Und 1909 lagen die Finanzverhältnisse anders. Heute können die Forderungen, die die Kommission für die Beamten gestellt hat, erfüllt werden. Mit Resolutionen allein wird das nicht erreicht. Die Regierung soll sich nicht über den Geist der Unzufriedenheit unter den Beamten einer Täuschung hingeben, es könnte leicht die Weiterentwickelung des Postbetriebs gefährden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Quark-Koburg (natl.) tritt lebhaft für die Ostmarkenzulagen ein, deren Streichung alle als Unrecht empfinden, denen an der Stärkung des Deutschtums gelegen ist. Sie als Korruptionszulage zu bezeichnen, sei ein ungeheuerliches Schlagwort. Hoffentlich werden die Konservativen aus ihrem Allianceverhältnis zum Zentrum heraus noch bessere Beschwörungsworte finden als er. (Lachen im Zentrum.)

Abg. Graf Carmer-Bieserwitz (k.): Den Vorwurf der Beamtenfeindlichkeit, den Herr Kapsch wegen der Wirtschaftspolitik gegen uns erhoben hat, weise ich zurück; gerade unsere Finanzreform hat erst unsere wirtschaftliche Entwickelung und die Gesundung der Reichsfinanzen und damit die Gehaltserhöhungen ermöglicht. (Zustimmung rechts.) Redner bittet dann um Besserstellung der Postagenten und Verbesserung der Postverbindungen auf dem Lande. Auch die Telephonordnung müsse entsprechend dem früher eingebrachten Entwurf geändert werden.

Staatssekretär Kraetke sagt die wohlwollende Erwägung der vorgebrachten Wünsche zu; eine Ermäßigung des Zuschlagsportos für unfrankierte Briefe sei bereits ins Auge gefaßt. Daß die Telephonordnung im vorigen Jahre abgelehnt ist, bedaure ich lebhaft, hoffentlich überzeugen sich die anderen Parteien ebenso wie die konservative, daß die Telephonordnung unbedingt geändert werden muß.

Abg. Hubrich (Rp.): Einer Aenderung der Telephonordnung wollen wir gern zustimmen, wenn sie nicht, wie die im Vorjahr abgelehnte, der Entwickelung des Fernsprechwesens ein Ende bereitet. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) — Es ist erfreulich, daß der Staatssekretär gegenüber den Beschlüssen der Budgetkommission keinen schroff ablehnenden Standpunkt einnimt. In der Tat stellen sie das mindeste dar, was wir verlangen müssen, und der Bundesrat wird gut tun, in dieser Frage nicht mit einem Umfoll des Reichstages zu rechnen.

Der Abg. Wendel hat es als eine Beleidigung bezeichnet für die Beamtenschaft, daß auf dem Gautag der mittleren Post- und Telegraphenbeamten der Gedanke an einen Streik von dem Redner zurückgewiesen wurde. Ich protestiere gegen die Ausführungen Wendels. Die Beamtenschaft empfindet sie sicherlich als Beleidigung. Die Beamten wissen, daß ein Verkehrsstreik ein Verbrechen an dem Wohl der Nation wäre. (Zustimmung.) Herr Wendel will mit seinen Ausführungen Stimmung für das Entstehen einer Streikluft unter den Beamten machen. Das wird ihm nicht gelingen, die Pflichttreue der Postbeamten ist ein Granit, an dem er sich die Zähne ausbeißen wird. Die Beamten werden dem Beispiel ihrer französischen Kollegen nicht folgen; wir können auch in dieser Beziehung sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Trendel (Z.) bittet um authentische Interpretation der Grundsätze, nach denen den Zeitungen Prospekte beigelegt werden dürfen, da verschiedene Postdirektionen in verschiedener Weise verfahren.

Abg. Dr. Schatz (Kothr.) verlangt Gleichstellung der reichsländischen Postbeamten mit den Reichseisenbahnbeamten und Beseitigung des Krebsschadens der geheimen Personalakten. Ein Beamter muß wissen, was gegen ihn vorgebracht wird. (Zustimmung.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß: 5¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0006

fällig. Die Unparteiischen sind übergeugt gewesen, daß sie mit den einerlannten Forderungen bis an die Grenze der Lohnerhöhungssätze gegangen sind, was unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Schneidergewerbes erreichbar war.

Zu den Schiedssprüchen haben nunmehr die in Frage kommenden Orte entsprechend den ihnen von den Vorständen gegebenen Weisungen Stellung zu nehmen.

Streik im Hamburger Hafen.

Durch eine beispiellose Provokation der Hafenarbeitergruppe der Bunkerleute ist im Hamburger Hafen ein Kampf heraufbeschworen, der leicht größere Dimensionen annehmen kann. Die Kohlenbergegesellschaft m. b. H. zu Hamburg hatte zum 1. Januar d. J. einen Tarif geländigt, der zwischen ihr und dem Deutschen Transportarbeiterverband für die bei ihr beschäftigten Kohlentrimmer abgeschlossen war. Nach langwierigen Verhandlungen erklärten sich die Arbeiter um des lieben Friedens willen schließlich bereit, unter den Bedingungen des alten Tarifs weiter zu arbeiten. Aber selbst dieses weitgehende Zugeständnis befriedigte die mit dem Hafenbetriebsverein im Bunde stehende Kohlenbergegesellschaft noch nicht, sondern sie wollte vielmehr sämtliche Positionen des Tarifvertrages ändern und wesentliche Verschlechterungen hineinbringen, die sich auch besonders auf die Lohnhöhe erstreckten. Da die Verhandlungen ergebnislos verliefen, gab die Gesellschaft am 6. Februar den Kohlentrimmern die Arbeitskarten zurück, womit die Arbeiter ausgesperrt waren. Der Hafenbetriebsverein unterstützte die Kohlenbergegesellschaft dadurch, daß er für die Ausgesperrten die durch Sklavenverträge gefesselten sogenannten Kontraktarbeiter anstellte.

Riefen diese Tatsachen schon lebhafte Erregung unter der Arbeiterschaft des Hafens hervor, so mußte sie das folgende Stückchen des Hafenbetriebsvereins aufs höchste empören. Die Schiffe werden nicht nur von der Kohlenbergegesellschaft, sondern auch von sogenannten Handgängern, den Bunkerleuten, mit Kohlen versehen. Für diese Bunkerleute hat nun der Deutsche Transportarbeiterverband erst im Mai des verflossenen Jahres einen Tarifvertrag mit dem Hafenbetriebsverein abgeschlossen. Trotz dieser tariflichen Verpflichtungen stellte der Hafenbetriebsverein auch für die Bunkerleute mehr und mehr Kontraktarbeiter an, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen von denen des Tarifvertrages wesentlich verschieden, das heißt, schlechter sind. Wenn sie nicht zusehen wollten, daß einer nach dem anderen auf das Straßenpflaster flog und so der Tarifvertrag auf diesem bequemen Umweg abgewürgt wurde, blieb den Arbeitern zur Abwehr lediglich die Arbeitseinstellung. Dem allgewaltigen Hafenbetriebsverein, der im Vorjahre zum erstenmal sich zu Verhandlungen mit der Organisation bereit fand, scheinen die kaum abgeschlossenen Tarifverträge schon nicht mehr zu gefallen. Sein Vorgehen macht aber jeden Tarifabschluß zu einer Farce. Es handelt sich also um eine wichtigen prinzipiellen Entscheid. Das weiß die Arbeiterschaft des Hamburger Hafens und verfolgt aufmerksam den Fortgang dieses Kampfes, der unter Umständen in kurzer Zeit den ganzen Hafen ergreifen kann. Die Arbeiter sind zu jeder annehmbaren friedlichen Beilegung des Konfliktes bereit, wie sie ja auch an seiner Entstehung nicht den geringsten Anteil haben. Bisher sind etwa 500 Arbeiter ausständig.

Die Lohnbewegung auf den Fischdampfern der Unterweserorte Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham dauert unverändert fort. Alle gegenteiligen Erklärungen der Presse oder der Fischdampferreedereien durch Briefe, Depeschen oder mündliche Erklärungen von Agenten und Kapitänen, daß die Differenzen beigelegt sind, entsprechen nicht der Wahrheit. Das Maschinenpersonal der Fischdampfer führt mit aller Energie den Kampf für seine Rechte fort. Die Fischdampfer werden fast sämtlich mit ungenügendem Maschinenpersonal besetzt in See gesandt, verschiedene Unglücksfälle sind infolgedessen schon zu verzeichnen. Die gesetzlichen Bestimmungen werden zugunsten der Reeder außer Kraft gesetzt, trotzdem über 200 Fischdampfermaschinisten an Land liegen. Leute, die als Heizer anmustern, werden zum Oberheizer befördert und müssen dann die Dienste des 2. Maschinisten versehen.

Die Aussperrung wurde von den Reedern am 8. Januar dieses Jahres für aufgehoben erklärt und sämtliche Maschinisten mündlich und schriftlich aufgefordert, wieder an Bord zu kommen. Das lehnten die Maschinisten aber ab, weil die Reeder den durchbrochenen Tarifvertrag nicht von neuem anerkennen wollten und dies ist auch bis heute noch nicht geschehen.

Kein Maschinist oder Heizer lasse sich durch irgendwelche Versprechungen verleiten, Stellung auf einem Fischdampfer der Unterweserorte anzunehmen, da er dadurch seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken fällt. Ein jeder übe strengste Solidarität!

Allerlei.

Dampferkatastrophe in der Nordsee.

Der Stettiner Dampfer Kristiania ist, mit einer Erzladung von Huelva in Spanien nach Stettin bestimmt, auf der Höhe von Borkum vorgestern vormittag mit dem Levantedampfer Galatha zusammengestoßen und innerhalb fünf Minuten gesunken. Das Schiff wurde achtern zwischen Luke 3 und 4 getroffen und zwar so schwer, daß die aus fünfundzwanzig Köpfen bestehende Mannschaft sich in ein Rettungsboot flüchten mußte. Obgleich die meisten der Leute mit Schwimmwesten versehen waren, und von der Galatha sofort Rettungsversuche vorgenommen wurden, sind fünf von ihnen ertrunken. Die Galatha, die schwer beschädigt wurde, ist nach Hamburg zurückgekehrt.

Die verunglückte Schröder-Strang-Expedition

ist auf Spitzbergen in äußerst bedrängter Lage noch immer ohne Hilfe. Die norwegische Hilfsexpedition, welche zur Hilfeleistung abgesandt worden war, ist zurückgekehrt. Sie war bis nach der Dickson-Bucht gelangt, wo tiefer Schnee lag und strenge Kälte herrschte. Einem Teilnehmer waren die Beine erfroren, sieben Hunde waren umgekommen und zwei Schlitten zertrümmert. Proviant und Kleider mußten in der Dickson-Bucht zurückgelassen werden. Der Grund für den unglücklichen Ausfall der Hilfsexpedition liegt darin, daß nicht genügend Hunde vorhanden waren, um die stark belasteten Schlitten zu ziehen. Von der Crossbay wurde telegraphiert, daß man von dort wegen Mangels an Hunden und Schlitten der Expedition keine Hilfe bringen könne. Wenn Hilfe nicht rechtzeitig vom Süden komme, könne zur Rettung der Expedition nichts unternommen werden.

Berlin, 17. Februar. Die Vorbereitungen für eine neue Hilfsaktion für die Schröder-Strang-Expedition sind am Sonnabend in Frankfurt a. M. gefördert worden. Die Beratungen werden heute nachmittag in Berlin, wo inzwischen Geh. Rat Hergesell eingetroffen ist, fortgesetzt und eventl. zu Ende geführt werden. Eine namhafte Summe für die Zwecke einer neuen Hilfsexpedition, die unter deutscher Oberleitung stehen, aber mit einem norwegischen Schiff ausgeführt werden soll, ist von Graf Zppelin gestiftet worden.

Kleines Allerlei. Schneestürme in Sizilien. Auf ganz Sizilien herrscht starker Schneefall. Schneestürme, wie man sie auf der Insel seit vielen Jahren nicht erlebt hat, wüteten in Palermo und Trinitapoli. — An Bord des Dampfers Eckhardt in Hamburg wurden gestern morgen fünf in ihren Kabinen schlafende Heizer vollständig bewußtlos aufgefunden. Sie waren durch Kohlenoxydgase, die dem Ofen entströmt waren, vergiftet worden. Die Schwerkranken wurden nach dem Krankenhause gebracht.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 17. Februar 1913.

Arbeiterunternehmen und Konsumentenhilfe.

Ein junges aber bereits gut florierendes Unternehmen organisierter Arbeiter, das mit seinen Produkten bereits in einer ganzen Anzahl größerer Städte bei der Arbeiterschaft guten Eingang gefunden hat, wendet sich jetzt auch durch Flugblätter an die Halleschen Arbeiter mit dem Ersuchen um Zuwendung der Kundschaft. Es ist die aufblühende Zigarettenfabrik der Tabakarbeitergenossenschaft, die in Stuttgart ihren Betrieb hat.

Der Konsumentenkraft der Proletarier wird damit eine neue Gelegenheit geboten, einem der am schwersten unter dem Joch des Kapitalismus leidenden Berufe äußerst wirksam Hilfe zu leisten. Mit unheimlicher Wucht ließ die berüchtigte Wirtschaftspolitik der Ritter und Heiligen die Geißel der Not und Entbehrung gerade auf die Tabakarbeiter niedersausen. Jede Finanzreform brachte das widerwärtige Schauspiel einer trutzigsten Weigerung der Besitzenden, aus der eigenen Tasche auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Sie zogen es vor, in den Beutel der Konsumenten und Arbeiter zu greifen. Doppelt traf solche nationale Wirtschaftspolitik jedesmal die Tabakarbeiter. Die allgemeine Verteuerung, als Folge der indirekten Steuern, traf sie als Konsumenten, die fortgesetzten neuen Lasten, die man dem Tabak aufbürdete, mißhandelten sie als Arbeiter, indem die Arbeitslosigkeit vergrößert wurde, der Lohndruck immer schärfere, immer schmerzendere Formen annahm. Nach den Rechnungsergebnissen der Tabakberufsgenossenschaft betrug zum Beispiel das Durchschnittseinkommen eines Vollarbeiters in der Tabakindustrie im Jahre 1910 sage und schreibe 612 Mk. Die skandalöse Finanzreform im Jahre 1909, mit der Sonderbesteuerung der Zigaretten, brachte für die Arbeiter eine weitere Verschärfung der unleidlichen Verhältnisse. Die Unternehmer wollten die neuen Lasten nicht tragen, die Konsumenten setzten den Versuchen, die Fabrikate direkt oder indirekt zu verteuern, Widerstand entgegen; die meisten Prügel bekamen die gequälten Arbeiter. Durch Einführung neuer Maschinen und Flucht in die Heimarbeit suchte man die Produktionskosten zu ermäßigen. Der Effekt dieser „Reformen" war, daß viele Zigarettenarbeiter die Peitsche der Beschäftigungslosigkeit kosten mußten. So auch bei der Waldorf-Astoria, Zigarettenfabrik in Stuttgart. Ein Teil der Entlassenen, ohne Aussicht auf anderweitige Beschäftigung, suchte durch Gründung einer eigenen Fabrik Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sie gründeten die Tabakarbeiter-Genossenschaft, E. G. m. b. H. TAG—GEN-Zigarettenfabrik, Stuttgart.

Am 16. März 1910 wurde die Produktion mit zwei Arbeitern und einem Betriebskapital von 360 Mk. aufgenommen. Der bald einsetzende Verkauf schaffte schnell für sechs Personen Arbeitsgelegenheit. Das ursprünglich als Konsortium gegründete Unternehmen wurde Ende Oktober 1910 in eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt. Bei ihrer Gründung zählte die Genossenschaft 17 Mitglieder, die 590 Mk. eingezahlt hatten; Mitte Mai 1912 waren 45 Mitglieder mit rund 2200 Mk. eingezahltem Betriebskapital vorhanden. Das Stuttgarter Gewerkschaftskartell ist mit zwei Mitgliedern an der Genossenschaft beteiligt. Im April 1912 trat der Konsum- und Sparverein Eßlingen a. N. und anfangs Mai 1912 der Spar- und Konsumverein Cannstatt-Feuerbach der Genossenschaft bei, ersterer mit 5, letzterer mit 10 Anteilen. Satzungsgemäß werden voll eingezahlte Geschäftsanteile bis höchstens 4 Prozent verzinst. Der Rest des Reingewinns ist immer dem Reservefonds zuzuführen. Die Genossenschaft unterhält mit der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Geschäftsverbindung, ist Mitglied des Verbandes württembergischer Konsumvereine und des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine.

Die Genossenschaft nahm die Produktion am 7. November 1910 mit 16 Arbeitern auf. Am Schluß des ersten Geschäftsjahres (31. Dezember 1910) waren 18 Arbeiter, seit Mitte Mai 1912 in der Fabrikation und Packerei 55 Arbeiter beschäftigt; als Angestellte sind tätig je ein Geschäftsführer, Kassierer, Expedient und Meister. Die Entlohnung geschieht nach einem zwischen dem Deutschen Tabakarbeiterverband und der Genossenschaft abgeschlossenen Tarifvertrag, der die wöchentliche Arbeitszeit auf 45½ Stunden festsetzt und Heimarbeit unter allen Umständen ausschließt. Das erste Geschäftsjahr (1. November bis 31. Dezember 1910) brachte bei einem Umsatz von 868 850 Stück Zigaretten und einem Umsatz von 12 234,61 Mk. einen Reingewinn von 279,99 Mk. Im zweiten Geschäftsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 1911) wurden 7 759 651 Stück Zigaretten produziert und 7 903 700 Stück verkauft. Der Umsatz betrug 126 684,70 Mark, der Reingewinn 6128,21 Mk., welcher, wie der des ersten Geschäftsjahres, vollständig dem Reservefonds überwiesen wurde. Im zweiten Geschäftsjahr wurden 25 990,71 Mk. an Löhnen bezahlt. Der durchschnittliche Verdienst pro Stunde und Arbeiter betrug im zweiten Geschäftsjahre 66,5 Pfg. Heute beziehen 174 Konsumvereine Zigaretten von der Genossenschaft. Ihre langsame, aber stetige Entwicklung ist eine Bürgschaft für einen ferneren guten Fortschritt.

Wie die Angaben deutlich erkennen lassen, sind die Arbeitsbedingungen bei der Genossenschaft unvergleichlich besser als in der Privatindustrie. Hier schluckt kein Aktionär Riesendividenden. Der etwa erzielte Reingewinn fließt immer wieder der Genossenschaft und der Gesamtheit zu. Im Interesse der Arbeiter liegt es, dort, wo es geht, sich der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen. Und jeder Konsument muß dieses Bestreben unterstützen.

Die Notzuchtsdiebstähle der Dehneschen Gelben vor Gericht.

Die umfangreichen Diebstähle in der Dehneschen Maschinenfabrik, die von einigen gelben Gewerkschaftlern vom Herbst vor. Js. bis zum Januar dis. Js. begangen wurden und bekanntlich den immerhin tragischen Ausgang nahmen, daß ein Beteiligter, der Lagerverwalter Koch, durch Selbstmord endete, beschäftigten am Sonnabend die hiesige Strafkammer. Angeklagt wegen Diebstahls und Hehlerei waren: die Lagerarbeiter Karl Estrich und Wilhelm Berger, der Arbeiter Karl Hoffmann und der Handelsmann Bergmann von hier. Mitte Dezember vor. Js. wurde dem Fabrikbesitzer Paul Dehne von einem bei ihm beschäftigten Schlosser mitgeteilt, er könne es nicht mehr mit ansehen, wie andauernd von dem Metallager Rotzußblöcke, Messing und Kupfer entwendet würde. Dem Schlosser war aufgefallen, wie wiederholt aus den Beständen des Lagerhalters Koch, der von seinem Kalkulator wenig gewissenhaft kontrolliert wurde, durch Estrich Sachen weggeschleppt und in das Eisenlager Bergers getragen wurden. Von Berger wurden die in Paketen eingeschlagenen Sachen durch Hoffmann abgeholt und dann durch diesen aus der Fabrik hinausgeschafft. Dies war dadurch möglich, daß H. nach Feierabend im Auftrage der Firma Pakete nach der Bahn schaffte. Auf dem Martinsberge, vor der Post, geselle sich auf Verabredung der Handelsmann Bergmann zu ihm, dem dann die Pakete meist im Beisein Kochs von Hoffmann überzeben wurden. Nach längerem Aufpassen, am Abend des 7. Januar, entdeckte man diese Mogelei. Die fünf beteiligten Personen wurden bald verhaftet, da die Firma einen Fehlbetrag an Rotguß, Messing und Kupfer in Höhe von mindestens 4000 Mk. festgestellt haben will. Koch, der als Haupttäter angesehen wurde, beging — wie schon mitgeteilt — bald nach seiner Verhaftung im Gefängnis Selbstmord. Es wurde festgestellt, daß Koch sich mit dem Handelsmann B. bei dem Beginn der Durchstechereien wegen regelmäßiger Abnahme des Metalles in Verbindung gesetzt und die anderen drei zu ihrem strafbaren Tun veranlaßt hatte. Bergmann will aber nur sechs bis achtmal Kupfer und Rotguß von Koch und Hoffmann gekauft haben. Die anderen drei Angeklagten wollen bei dem Geschäft nur etwa je 50 Mk. verdient und nur drei- bis fünfmal die Durchstecherei begangen haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen sämtliche vier Angeklagte je ein Jahr Gefängnis. Die Strafkammer verurteilte Estrich, Berger und Hoffmann zu je neun Monaten Gefängnis und Bergmann wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu einem Jahre Zuchthaus; letzterer wurde in Haft behalten. In der Urteilsbegründung hieß es: Das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die drei erstgenannten Angeklagten seit dem Herbst v. J. Kupfer, Rotguß und Messing in beträchtlichen Mengen fortgesetzt und fast täglich, nicht bloß einige Male, bei Seite geschafft haben. Bergmann habe auch gewußt, daß das Metall entwendet war und dann einen schwunghaften Handel damit getrieben. Wie viel entwendet ist, lasse sich im Einzelnen nicht feststellen. Die Firma sei jedoch sehr erheblich geschädigt worden.

Physikalischer Experimentalvortrag.

Zu dem vom Bildungsausschuß veranstalteten Vortrag des Großherzoglichen Telegraphen-Ingenieurs Herrn Herricht, Eisenach, am Dienstag, den 25. Februar, sind die Eintrittskarten jetzt schon in den bekannten Verkaufsstellen (Konsumvereins-Filialen, Gewerkschaftsbureaus 2c.) zum Preise von 25 Pf. zu haben. Es wird um lebhafte Agitation für die Veranstaltung ersucht.

* **Die Gewerbegerichtsbeisitzer** halten ihre nächste Versammlung Mittwoch, den 19. Februar, im Gasthaus zu den drei Königen ab. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

* **Die Ferien für die Volksschüler** sind, um den inneren Gegensatz in der Bevölkerung amtlich zu beweisen, auch in diesem Jahre wieder kürzer, als die der höheren Schüler! Die in der letzten Nummer unseres Blattes mitgeteilte Ferienordnung der höheren Schulen gilt auch für die Mittelschulen. Für die Volksschulen dagegen ist nachstehende besondere Ferienordnung ausgearbeitet: Osterferien von Dienstag den 18. März bis Montag den 31. März, Pfingstferien von Freitag den 9. Mai bis Freitag den 16. Mai, Sommerferien von Sonnabend den 5. Juli bis Montag den 4. August, Herbstferien von Mittwoch den 1. Oktober bis Donnerstag den 16. Oktober, Weihnachtsferien von Dienstag den 23. Dezember bis Sonnabend den 3. Januar 1914.

Die „höheren" Schüler haben danach im Laufe des Jahres 9 Ferientage mehr. Diese so echt preußisch-bureaukratisch kleinliche Unterscheidung wirkt um so aufreizender, als gerade zu Weihnachten — dem „Fest der Liebe" — das Ferienvorrecht der „höheren" Schüler eine volle Woche ausmacht. Solche Umstände werden wirksam dazu beitragen, das Bibelwort: Tut wohl denen, die euch hassen, in sein Gegenteil zu verkehren.

* **Die neue Linienführung der Straßenbahn** durch die Richard-Wagner-Straße und Gr. Brunnenstraße anstelle der Trifftstraße ist soweit vorbereitet, daß im Frühjahr mit der Gleisverlegung begonnen wird. Es soll dann auch endlich eine Neupflasterung der Trifftstraße erfolgen, wofür die Kosten von 35 000 Mk. in der heutigen Stadtverordneten-Sitzung bewilligt werden sollen.

* **Die Untersuchung gegen den Maurermeister William Pfeiffer** ist noch nicht abgeschlossen. Die Polizei ersucht uns vielmehr um Aufnahme folgender Aufforderung: Mit Rücksicht auf das schwebende Verfahren gegen den Maurermeister William Pfeiffer, werden diejenigen, die sich durch Pfeiffer auf strafbare Weise geschädigt fühlen und dies glauben nachweisen zu können, gebeten, sich unter Beibringung etwaiger schriftlicher Beweise bei der Kriminalabteilung (Dreyhaupstraße 6, I, Zimmer 36) zu melden. Anonyme Anzeigen werden nicht berücksichtigt. — Vor einigen Wochen sind übrigens noch einige der Beteiligung oder Mithilfe an Pfeiffers Geschäften Verdächtige verhaftet.

* **Beim Kostümfest der Arbeiterturner** am Sonnabend sind ein goldener Trauring und ein Portemonnai mit 7 Mark Inhalt verloren worden. Es wird gebeten, die Sachen am Büfett des Volksparks abzugeben.

* **Verloren** hat am Sonnabend nachmittag ein 12jähriges Mädchen ein Portemonnaie bei der Verkaufsstelle des Konsumvereins in der Bertramstraße. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Portemonnaie in der Verkaufsstelle oder bei den Eltern des Kindes, Werten, Torstraße 52, abzugeben.

* **Das Apollo-Theater** wartet für die zweite Februarhälfte wieder mit einem sehr netten Programm auf, das allen Anforderungen, die man an eine Varietebühne stellen kann, entspricht. Die Konzertsängerin Toni Rawell leitet den Spielplan mit stimmungsvollen Liedern ein. Dann wird auf dem Gebiete der Akrobatik geradezu Erstaunliches geleistet. Der Elastik-Akt, der von einer Dame und einem Herrn — Yoonne und Erik — ausgeführt wird, darf mit Recht als der beste dieser Art bezeichnet werden. Die schwierigen Tricks, die von diesem Paare mit Eleganz ausgeführt werden, sind eine Steigerung fast nicht mehr fähig. Diesem Paare können würdig zur Seite gestellt werden die vier Silvanos, die sehr bezente Tanznummern zeigen. Eine junge Dame tanzt ein meisterhaftes Fußspitzenballett, bei dem sie einen Herrn auf den Schultern trägt. — Die Ventriloquistin Mme. Anonyme zeigt sich mit ihren Puppen als perfekte Bauchrednerin und sorgt im Spiel und Gesang für Frohsinn und Heiterkeit. — Den „Clou" und Schluß der Vorstellung — wenn man über den Geschmack nicht streiten will — bildet die tolle Burleske: Mein Baby von Alfred Halm. Das Ding ist so ganz und gar unserer sensationellen Zeitströmung angepaßt und spielt — in dem Schlafzimmer der jungen Frau Kitty. Ein Wochenbett mit Zubehör, eine Wiege, drei Säuglinge usw. bilden die Requisiten der Bühne. Viel mehr kann man nicht verlangen. Dazu eine junge Frau, die einem Versprechen gemäß ihren Gatten zum Vater machen will, dann in peinliche Situationen gerät, und ein munteres Gesamtspiel; wer sollte sich da nicht einmal amüsieren. Das Publikum wurde in permanenter Heiterkeit gehalten. Ida Frey vom Trianontheater in Berlin spielte die Kitty mit Feuer und Schneid und ihre Mitspieler standen ihr ebenbürtig zur Seite.

* **Stadttheater.** Für das neue Lustspiel „Der gutsitzende Frack" ist eine nochmalige Aufführung für Dienstag abend angesetzt. Mittwoch gastiert Fräulein Berta Gast vom Stadttheater in Straßburg für das freiwerdende Fach der Sentimentalen und Liebhaberin in der Rolle der Julia in Shakespeares „Romeo und Julia". Donnerstag wird „Don Juan", Freitag „Der liebe Augustin" gegeben. Sonnabend „Wilhelm Tell". Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse. In Vorbereitung unter persönlicher Leitung des Komponisten bei vollständig aufgehobenem Abonnement, Sonntag, den 23. Februar, „Grigri", Operette in 3 Akten von Paul Lincke.

* **Sittlichkeitsvergehen.** Ein vierjähriges Mädchen wurde von einem unbekannten Manne nach dem Abort einer Schankwirtschaft in der Prinzenstraße verschleppt, wo an dem Kinde unsittliche Handlungen vorgenommen wurden.

* **Unfälle.** Auf einem Kohlen-Lagerplatze in der Hordorferstraße stürzte eine Arbeiterin von einem mit Kohlen beladenen Eisenbahnwagen. Da sie anscheinend innere Verletzungen davongetragen hatte, wurde sie mittels städtischen Krankenwagens nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0007

ihrer Wohnung gebracht. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Infolge zu späten Klingelns überfuhr am Sonnabend nachmittag ein Radfahrer in der Brunnenstraße eine junge Frau, die ein kleines Kind auf dem Arme trug. Während die Frau mit leichten Hautverletzungen davonkam, trug das Kind anscheinend schwere innere Verletzungen davon. Es wurde von der Mutter zum Arzt gebracht. — Sonntag nachmittag verbrühte sich in der Seebenerstraße ein dreijähriger Knabe durch das Herunterwerfen eines Topfes heißer Milch vom Tisch derartig das Gesicht und die Hände, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. — Beim Bearbeiten einer Kurbelwelle erlitt am Sonnabend der Dreher Schuster bei Weise u. Monski eine schwere Verletzung an der linken Hand. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

* **Studentenunfug.** In der Nacht zum Sonntag zertrümmerte ein Student eine Türfensterscheibe im Hause Jägergasse 1. Er wurde polizeilich festgestellt. — In derselben Nacht verübten um ½2 und um 4 Uhr mehrere in Maskenkostümen verkleidete Studenten in der Großen Ulrichstraße und auf dem Marktplatze allerlei groben Unfug, wodurch größere Menschenansammlungen verursacht und das Einschreiten der Polizei nötig wurde.

* **Ein Gardinenbrand** entstand am Sonntag in der Schmidtstraße durch das leidige Spielen der Kinder mit Streichhölzern während der Abwesenheit der Eltern. Der Brand konnte noch rechtzeitig von den Hausbewohnern gelöscht werden, so daß die Feuerwehr nicht gerufen werden brauchte. — Zur Beseitigung eines Schornsteinbrandes wurde gestern abend die Feuerwehr nach dem Neumarktschützenhause gerufen.

* **Eigentümer gesucht.** Vor einigen Wochen ist von einem des Diebstahls überführten Manne ein kleiner, gelb gestrichener Handleiterwagen verkauft worden. Dieser Wagen dürfte gestohlen sein. Er ist gut erhalten und oben 0,76 m lang und 0,50 m breit. Die vordere Achse und das Mittelstück am Unterteil des Wagens sind ganz neu. Wer über Herkunft des Wagens Angaben zu machen vermag, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 6, Zimmer 38, zu melden. Dort kann auch der Wagen besichtigt werden.

Kanena. Streit über die Kostenzahlung für die Reidebach-Regulierung. Die Anlieger des Reidebaches zu Kanena und Zwintschöna hatten seit Jahren unter der zunehmenden Verschlammung und Versumpfung dieses Flüßchens zu leiden. Auf Anregung des Landrats des Saalkreises kam vor Jahren eine Konferenz zustande, die Schritte zur Beseitigung des Uebelstandes unternahm. Es wurde ein Projekt ausgearbeitet und ein Kostenanschlag gemacht. Es sollte gründlich ausgeräumt werden. Die Sohle des Baches sollte eine bestimmte Tiefe und Breite erhalten und es wurden zweckentsprechende Böschungen vorgesehen. Erforderlich war nicht nur das Auswerfen von Schlamm, sondern auch von Kies und Lehm. Die Gruben in der Gegend, die an der Verschlammung zumeist schuld waren, übernahmen den größten Teil der Kosten, während der Rest auf die beteiligten Grundbesitzer anteilig verteilt werden sollte. Die Anlieger waren alle einverstanden, bis auf einen, den Gutsbesitzer Huycke in Bruckdorf. — Zur Durchführung der Arbeiten wurde eine Kommission gewählt, der auch der Amtsvorsteher Kammerherr v. Bülow zu Dieskau angehörte, der an den Vorarbeiten sowohl als Amtsvorsteher, als auch als Vertreter des Gutsbezirks Dieskau teilgenommen hatte. Diese Kommission übertrug die Arbeiten einem Unternehmer Ziegmann. Als die Arbeiten beginnen sollten, richtete Herr v. Bülow als Amtsvorsteher an den widerspenstigen Herrn Huycke in Form einer polizeilichen Räumungsverfügung die Aufforderung, genau nach Anschlag und Zeichnung im Sinne des Allgemeinprojekts den Reidebach, soweit er an seinen Grund und Boden grenzt, vorschriftsmäßig zu räumen. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde zwangsweise Ausführung der Arbeit auf Kosten des Huycke angedroht, wofür er den Kostenbetrag von 800 Mark zu zahlen hätte. — Huycke wurde dann noch mitgeteilt, daß der Unternehmer mit der Arbeit beginne und daß, wenn er nicht seinen Teil selber entsprechend mache, dies vom Unternehmer mitgemacht werden würde. Das geschah auch.

H. klagte dann auf Aufhebung der Verfügung und erzielte beim Bezirksausschuß in Merseburg auch die Aufhebung. Der Bezirksausschuß ging davon aus, daß es sich hier gar nicht um eine gewöhnliche Räumung handele, die der Amtsvorsteher hätte fordern können, sondern um eine Neuregulierung. Somit sei die Verfügung ungültig. Huycke strengte nun gegen den Amtsvorsteher eine Schadenersatzklage an. Er verlangte den ganzen Schaden ersetzt, der durch die Arbeiten längs seiner Wiese entstanden sei, zum Beispiel durch Hinauswerfen von Kies aus dem Bach und dergleichen. Die Regierung zu Merseburg widersprach zugunsten des Amtsvorstehers der Zulässigkeit dieser Klage. Zwar hätte er sich geirrt über die Tatsache, daß es hier sich nicht um eine gewöhnliche Räumung, sondern um eine Neuregulierung gehandelt habe. Der Irrtum aber sei entschuldbar. Das Oberverwaltungsgericht entschied aber dahin, daß dem Zivilprozeß Fortgang zu geben sei. Es wurde kurz ausgeführt, daß es dem Amtsvorsteher nicht hätte entgehen können, daß es sich tatsächlich um keine Räumung, sondern um eine Regulierung handelte. Dazu den Privatkläger anzuhalten, wäre der Amtsvorsteher nicht befugt gewesen. Dem Zivilverfahren müsse somit Fortgang gegeben werden, so daß der Herr Huycke nicht nur mit seinem sich Abfeitsstellen durchkommt, sondern schließlich auch gar noch dafür bezahlt bekommt.

Aus der Provinz.

Agrarische Kriegserklärung an die proletarische Jugend

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die offizielle Organisation unserer „Notleidenden", hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Frage der Jugendbewegung auf dem Lande beschäftigt. Und in der Tat hätte niemand mehr Grund, sich mit diesem Problem zu beschäftigen, als die Berufsvertretung der deutschen Agrarier, denn nirgends ist auf dem Gebiet der „körperlichen Ertüchtigung" der Jugend mehr zu leisten, als hier. Das Gesetz über die Kinderarbeit hat noch keine Geltung für das platte Land, der Ausbeutung der Jugendlichen sind keinerlei Schranken gesetzt, die Zustände, unter denen die Kinder beim Rübenziehen leiden, die sittliche und geistige Verwahrlosung, der sie als Gänsehirten usw. ausgesetzt sind, sind oft himmelschreiend. In der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats hat sich aber auch nicht eine einzige Stimme erhoben, die für die Beseitigung dieser Mißstände eingetreten wäre, dafür haben sich alle Redner einmütig gegen die Sozialdemokratie gewendet, die dem heranwachsenden Geschlecht in der Stadt wie auf dem Lande eine bessere Zukunft erkämpfen will.

In dem allgemeinen Geschimpfe und Gewetter bekam auch die Regierung ihr Teil mit ab, der man vorwarf, daß sie der Sozialdemokratie nicht schneidig genug entgegentrete. Dazu meinte der Vorsitzende des Bundes der Landwirte Frhr. v. Wangenheim:

„Was hilft uns denn alle freiwillige Arbeit; wenn wir immer wieder erleben müssen, daß von seiten unserer Behörden die Sozialdemokratie so sanft angefaßt und manchmal gestreichelt wird, so muß in den Köpfen der Bevölkerung eine vollkommene Verwirrung entstehen. Es kann nichts schaden, wenn wir das Kind da beim rechten Namen nennen und sagen: Wie kann eine Partei, die als ganzes Ziel die Vernichtung der Gesellschafts- und Staatsordnung betreibt, an der Regierung dieses Staates mitarbeiten lassen? Wenn wir da nicht zu besserer Erkenntnis gelangen werden wir immer wieder scheitern an der formalen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen."

Schließlich nahm der Landwirtschaftsrat einstimmig folgenden von dem Herrn von Glasenapp eingebrachten und begründeten Antrag an:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt:

1. Die Jugendbewegung ist von maßgebender Bedeutung für die weitere Entwicklung unseres Volkes. Von verhängnisvollem Einfluß auf die Jugend ist die sogenannte proletarische Jugendbewegung; sie verfolgt dieselben Ziele wie die Sozialdemokratie und muß als Vorschule für zielbewußte Sozialdemokraten gelten.

2. Es ist eine Pflicht der Selbsterhaltung und eine nationale Aufgabe ersten Ranges, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, der sozialdemokratischen Jugendbewegung auf dem platten Lande entgegenzuwirken.

3. Als Abwehrmaßregeln kommen vorzugsweise in Betracht:

a) **Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes, von denen mit Nachdruck Gebrauch zu machen ist.**

b) **Eine gründliche Aufklärung der schulentlassenen Jugend über die Ziele der sozialdemokratischen Jugendbewegung,** welche häufig verschleiert werden; diese Aufklärungsarbeit muß in Schrift und Wort, in Presse und Versammlung bei jeder geeigneten Gelegenheit betrieben werden.

c) Die ländliche Fortbildungsschule ist unter möglichster Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse jeglicher Art auszubauen und die Einführung des Besuchszwanges für Gemeinden und Gutsbezirke gesetzlich sicherzustellen.

d) Eine umfassende Wohlfahrtspflege für die ländliche Jugend muß als die wichtigste Aufgabe auf diesem Gebiete gelten. Sie ist im Anschluß an die staatliche Jugendpflege und an die Jugendarbeit des Jungdeutschlandbundes unter Berücksichtigung bestehender nationaler oder religiöser Vereine zu betreiben. Die ländliche Jugendpflege wird sich, sowohl auf die geistige und sittliche wie auf die körperliche Weiterbildung der schulentlassenen Jugend erstrecken.

4. Zur Lösung der vorliegenden Aufgaben ist die Mitarbeit des Staates, der Kirche und der am Wohl der ländlichen Jugend interessierten Berufsstände erforderlich. **Nur durch ein Zusammenwirken aller berufenen Faktoren wird ein dauernder Erfolg erzielt werden."**

Das ist doch wenigstens ein offenes und ehrliches Bekenntnis zur reaktionären Gewaltpolitik. Die weltliche und geistliche Gendarmerie soll im Reiche der Krautjunker die proletarischen Jugendbewegung den Garaus machen. Die Jugend soll in Versammlungen über die Ziele der Sozialdemokratie „aufgeklärt" werden. In demselben Atemzuge aber fordert man die schärfste Anwendung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen, die die Teilnahme Jugendlicher an politischen Versammlungen verbieten. Es ist erlaubt, der Jugend etwas über die Sozialdemokratie vorzulügen, es ist aber nicht erlaubt, ihr über die Sozialdemokratie die Wahrheit zu sagen. Das Gesetz gilt nur für die Sozialdemokratie, nicht für ihre Gegner. So erfährt die Jugend, auf deren schrankenlosen Ausbeutung es den ländlichen Arbeit„gebern" allein ankommt, wenigstens rechtzeitig, daß die preußische „Gesetzlichkeit" weiter nichts als schamlose Heuchelei ist.

Merseburg. Fortschrittsschwafeleien. Wieder einmal, wenn auch reichlich spät, winkt das hiesige Freisinnsblättchen mit dem roten Lappen und versucht die armen Leser gruselig zu machen. Unser Flugblatt, der Stadt- und Landbote ist die Ursache dieses Zornes. Wir wiederholen, der Wutausbruch kommt reichlich spät, denn schon vor sechs Wochen haben unsere Genossen das Flugblatt in Merseburg verbreitet und erst jetzt wird die „Bestredigierteste" aufmerksam „gemacht". Vor allem die Behandlung des Baseler Friedenskongresses in dem Flugblatte will den Freisinnshelden nicht gefallen und da wird drauf los geschimpft. Die Roten, welche sonst alle Kirchen als Verdummungsanstalten bezeichnen, denen jeder Waffe ein Greuel ist, haben es fertig gebracht in Basel in einem Münster zu tagen und sich sogar eine Predigt, die sonst von den Sozis als „albernes Gewäsch und Lügengewebe bezeichnet werden, mit angehört. Der Schreiber dieser Zeilen scheint noch nicht weit über die Mauern seines geliebten Merseburg hinausgekommen zu sein, sonst müßte er wissen, daß die Schweiz nicht hinter Leuna liegt und auch dort preußische Schneidigkeit und Kultusbestrebungen nicht Mode sind. Oder stellt er sich so blöd, daß er den Unterschied zwischen Deutschlandund der freien Schweiz nicht kennen will? Weiter schwafelt der Schreiber dieses Heizartikels von Tennen, lächerlicher Ueberschätzung der eigenen Kraft und so einigen Vorzügen mehr, die der Freisinn an seinen Taten als eisernen Bestand sehr gut kennt und uns aufdrängeln will. Er stellt unsere Friedensliebe als Heuchelei, Verständnislosigkeit und dumme Reden der Friedensapostel hin und will dies mit unserer Stellungnahme in der russischen Revolution und der Pariser Kommune (?) beweisen. Ein Unterfangen, das wie der Kampf einer Fliege gegen einen Elefanten aussieht. Eine Partei, welche nur den Haß predige, könne keine Friedensliebe besitzen, und wir predigten nur die Friedensbestrebungen, weil im Krieg unsere Wühlarbeit fruchtlos werde, da sie nur im Frieden blühe und gedeihe. Hierauf verfällt der Zeilenreißer auf den Blödsinn, zu behaupten, wir drohten dann während eines Krieges durch Revolution, den heutigen Staat aus den Angeln zu heben. Wenn's da die Fortschrittsspießer nicht grausen soll. Man kommt sich vor wie auf dem Karneval. Ausgezeichnet versteht der Schreiber rechts und links zu schreiben, und nicht etwa bloß vaterlandslos, wie wir es ja schon gewöhnt sind, sondern als Vaterlandsverräter bezeichnet er uns, und mit Pathos spricht er mehrere Male Pfui über uns Sozis aus, fühlt sich dabei berufen, auf neues Blutvergießen hinzuweisen, indem er androht, daß mit jedem Landesverräter kurzer Prozeß gemacht wird — von Rechts wegen! Wahrscheinlich ein „herrlicher Freisinn". Arm und Arm mit dem Reichsverband und Staatsanwalt. Gleich darauf mutet der Schreiber uns wieder zu, die neue Verstärkung der deutschen „Wehrkraft" zu unterstützen, denn nur unser starkes Heer habe den 40jährigen Frieden aufrecht erhalten. Also immer mehr noch den Steuerzahler ausplündern, so will's der tamponierte deutsche Freisinn. Wähler merkt's Euch! Kurz und gut, soviel Unsinn bei einander, sieht man selten, und wenn die Liberalen lauter solche politisch gutgeschulte Käuze haben, dann wehe dir, Sozialdemokratie, dann ist du in einigen Jahren aufgefressen und Freisinn dominiert. Jedoch merken wir nach allen diesen Artikeln, daß die Landbewohner sowie die Städter förmlich auf unsere Flugblätter lauern und für solche Reklame können wir dem Korrespondentschreiber nur dankbar sein.

— Unfall. Beim Herunterwerfen von Stroh stürzte am Sonnabend nachmittag hier der Arbeiter Gruna so von einer Bause auf die Scheunendiele, daß er besinnungslos liegen blieb. Er wurde zu einem Arzt gebracht, welcher mehrere Rippenbrüche feststellte.

Bitterfeld. Die Gewerkschaften, welche die Fragebogen noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, dieselben bis 19. dieses Monats an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells abzuliefern.

Ablsdorf. Arbeiterkinder, seid auf der Hut! Im Mansfeldschen scheint man nunmehr auch die Fortbildungsschulen als geeignete Stätten zur Propaganda für den berüchtigten Jungdeutschlandbund auserlesen zu haben. Wie uns berichtet wird, war am vorigen Dienstag beim Schulunterricht auch der Herr Rektor zugegen. „Seht mal, Jungens", so fing der Herr Rektor, ein Abzeichen des Jungdeutschlandbundes vorzeigend, an, „was das für ein schönes Ding ist. Wenn ihr dieses schöne Abzeichen an euer Jackett steckt und so Sonntags würdet spazieren gehen, wie schön würde das aussehen. Dabei ist es sehr gut gearbeitet und unzerbrechlich; es kostet 1 Mk., ihr würdet es allerdings für 60 Pf. erhalten." Dann war der Herr Rektor auch neugierig und ließ aufstehen, wer beim Jünglingsverein sei. Das Resultat war aber kein glänzendes, worüber er seine Mißbilligung ausdrückte. Das nächstemal wollte er den Spielplatz von Jünglingsvereinlern wimmeln sehen. Dann wurden noch verschiedene Fragen über Champagner usw. an die Schüler gerichtet, die diese meist aber nicht beantworten konnten. Auch die Fragen über patriotische Gedenktage wollten nicht so recht klappen. Die Eltern können nicht genug gewarnt werden, ihre Kinder der Jungdeutschlandbündelei anheimfallen zu lassen. Nach außen hin gibt sich diese Bewegung den Anschein, als ob die Jugendlichen dort gut aufgehoben seien und dabei werden sie nur zum blinden Hurrapatriotismus erzogen. Sie sollen willige Werkzeuge in den Händen der Herrschenden werden. Jeder Vater und jede Mutter sorge dafür, daß die Kinder der freien Jugendbewegung zugeführt werden.

Heldrungen. Opfer des Bergbaues. Auf dem Schacht „Walther" ereignete sich ein schrecklicher Unglücksfall, der zwei Bergleuten das Leben kostete. Durch zu frühzeitiges Explodieren einer Dynamitpatrone wurde ein Bergmann sofort getötet, ein zweiter, der sich um seinen verunglückten Kollegen bemühen wollte, stürzte ungefähr 20 Meter tief ab und brach das Genick. Einer von den jüdisch Verunglückten hinterläßt eine Witwe mit acht Kindern. Daß die Unfallverhütungsvorschriften im Bergbau einer Verbesserung bedürfen, lassen die vielen Unglücksfälle so recht erkennen.

Berga. Die Gerichtsverhandlung am Bahnhof. Der Kaufmann Funk aus Zehlendorf hatte im November v. Js. am Ausgange unseres Orts, etwa 500 Meter vom Bahnkörper, eine Reklametafel aufgestellt. Der hiesige Amtsvorsteher fand darin eine Verunstaltung des Landschaftsbildes der goldenen Aue und verhängte über F. auf Grund der Polizeiverordnung gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden eine Strafverfügung über 30 Mk. Da F. gegen die Strafverfügung gerichtliche Entscheidung beantragte, fand kürzlich am hiesigen Bahnhof ein Lokaltermin statt, der mit der Verurteilung zu 30 Mk. Geldstrafe endete.

Torgau. Zur Landtagswahl im Kreise Torgau. Die Vorstände der rechtsstehenden politischen Vereine waren kürzlich in Falkenberg beisammen, um über die Landtagswahl zu verhandeln. Es wurde mitgeteilt, daß die beiden Abgeordneten: Amtsvorsteher Graß-Zwethau und Oberstleutnant a. D. Bock von Wülfingen-Uebigau, erklärten, daß sie im Fall ihrer Wiederwahl das Mandat für die neue Wahlperiode wieder annehmen würden. Die beiden Reaktionäre wurden natürlich daraufhin wieder mit der parlamentarischen Vertretung der Junkerinteressen betraut. Die Nationalliberalen haben entsprechend dem famosen Abkommen mit den Fortschrittlern den Eisenbahnbetriebsingenieur Martin aus Torgau aufgestellt; während die fortschrittlichen Kampfgenossen noch auf der Suche nach einem geeigneten Kandidaten sind.

Elsterwerda. Wie die Landbevölkerung übers Ohr gehauen wird, lehrt eine Verhandlung, die kürzlich vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den Geschäftsführer Hoser des Versandhauses Hasula aus Dresden geführt wurde. Im Juli v. J. wurde das Bockwitzer Ländchen von einer Reisenden heimgesucht, die Bestellungen auf ein Kräuterbuch und einen Apparat für Frauen sammelte, ohne im Besitz eines Wandergewerbescheins zu sein. Wir haben damals unsere Leser vor der Person gewarnt, die schließlich wegen Gewerbevergehens mit 96 Mark Geldstrafe belegt wurde. Da die Reisende im Auftrage des Geschäftsführers „tätig" war, wurde dieser für haftbar erklärt. In der auf erfolgten Einspruch geführten Verhandlung wurde festgestellt, daß die Reisenden den Apparat für 25 Mark vertrieben und 10 Mark Provision, das Buch für 7,50 Mark vertrieben und drei Mark dafür erhalten haben. Hieraus geht hervor, daß die Landleute noch sehr oft von den Reisenden bös angeschmiert werden. Das Urteil lautete auf 96 Mark Geldstrafe.

— Zu dem Mordversuch in Frauenhain ist zu berichten, daß die Polizei den Täter erwischt hat. Es soll der Brennknecht sein, der auf dem Gute beschäftigt ist; derselbe hat schon 14 Tage vordem der Wohnung des Försters einen Besuch abgestattet, aber den Förster nicht angetroffen. Das hat er bei seiner Vernehmung gestanden. Was den Mann zu dieser Tat bewogen haben mag, ist ein Rätsel.

— Der Kientopp für die nationale Jugend. Wie aus der bürgerlichen Presse zu ersehen ist, soll am nächsten Mittwoch auf Veranlassung der Stadtbehörde eine Extra-Kinovorstellung für die nationale Jugendpflege stattfinden, und zwar nachmittags für Kinder und abends für Erwachsene. Der Reinertrag soll für die Jugendpflege verwandt werden. Die denkende Arbeiterschaft wird ihre Groschen hoffentlich nicht zur Unterstützung der generischen Jugendbewegung hergeben.

Ortrand. Arbeiterrisiko. Am vergangenen Freitag vormittag erlitt der Maurer Zilser aus Kroppen einen Unfall, der unter Umständen zum Tode führen konnte, dadurch, daß er beim Weißen des Transformatorenhauses zum Fallen und mit der 15000 Volt betragenden Hochspannungsleitung in Berührung kam. Er erlitt hierbei Brandwunden an den Beinen, Händen und am linken Ohr. Dieser Unfall hätte sich jedenfalls nicht ereignet, wenn genügend Vorsichtsmaßregeln getroffen worden wären. Sein Zustand hat sich um weniges gebessert.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gotti. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Zähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Hallenschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Aus dem Geschäftsverkehr.

Immer etwas Besonderes zu bringen ist das Bestreben der Firma **Brummer & Benjamin**, Halle a. S. Die Leistungsfähigkeit großzügiger Veranstaltungen der Firma wird vom Publikum aus Halle und weiterer Umgebung stets mit größtem Interesse aufgenommen und ist der Zuspruch alsdann außerordentlich groß.

Montag, den 17. Februar cr., begann die Weiße Woche, die in Bezug auf enorme Warenmengen, vorzügliche Qualitäten und außergewöhnliche Preiswürdigkeit einen Rekord darstellt.

Große Abschlüsse, die vor Eintritt der Preissteigerung in den Fabrikzentren getätigt waren, ermöglichen es, in den Spezial-Abteilungen

Weiß- und Leinenwaren, Damenwäsche, Bettwäsche, Schürzen, Taschentücher, Herrenwäsche, Spitzen, Gardinen, Damen- und Mädchen-Konfektion

ganz enorme Vorteile zu bieten.

Für Brautwäsche, Ausstattungen, Hotels, Pensionate und jeden Haushalt ist die Weiße Woche zur Anschaffung von Neuausstattungen und Ergänzungen eine äußerst günstige Kaufgelegenheit.

Sehenswerte Schaufenster- und Innen-Dekorationen verleihen der Weißen Woche ein besonderes Gepräge.

Erfahrungsspruch.
Wer gut bereiten will kein Essen,
Wird Maggi's Würze nie vergessen.

Zur Beachtung! Einem Teil unserer Auflage, den Elsterdörfern sowie für Merseburg, liegt ein Flugblatt der Tabakarbeiter-Genossenschaft Tag, Stuttgart, bei.

Kufeke — eine bewährte Krankenkost für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130218-14/fragment/page=0008